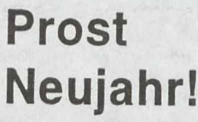
Antifa-Nachrichten-Doku

Was geht ab?

3,50 DM

#2 - Januar '95





Prost Neujahr!

Mit dem Erscheinen dieser Ausgabe gehen wir bereits in den 2. Jahrgang - das hört sich doch gut an, oder? Langsam hat sich bei uns einiges eingerenkt, was den Produktionsablauf angeht. Wir haben nach der ersten Nummer auch viel Anregungen, Lob - aber leider wenig Kritik - gekriegt. Und einige Spenden, die uns das Arbeiten in Zukunft auf jeden Fall leichter machen. Vor allem das Faxgerät war für uns ein prima Weihnachtsgeschenk!

Einige Artikel bzw. Bereiche sind in der Nummer 1 durcheinander gewesen, von den Tippfehlern ganz zu schweigen. Wir werden in Zukunft mehr mehr Wert auf die Korrektur legen, aber in der Hitze des Gefechts wird es immer wieder dazu kommen, daß wir Fehler übersehen. Da ist deine Toleranz gefragt..

Ansonsten kam in den letzten Wochen schon einiges an Material an, Zeitungsartikel, eigene Berichte, Flugblätter, Termine usw. In der Regel drucken wir auch alles ab, was erstens rechtzeitig (also bis zum 20. des Monats) hier ist und zweitens von uns mitgetragen werden kann bzw. nicht als überflüssig angesehen wird (Aha, Zensur, ick hör dir trapsen!). Das ist aber nötig, weil wir die Zeitung arbeitsmäßig und finanziell auf 24 Seiten konzipiert haben, nun ist sie schon wieder dicker, weil wir mehrere Artikel verschoben haben. Wir müssen also schon auswählen, können nicht 100%ig alles reinnehmen, versuchen es aber soweit es geht.

Mit der gerade begonnenen Produktion der dritten Nummer tun sich für uns neue Probleme bzw. Aufgaben auf, nämlich der Aufbau eines Vertriebsnetzes. Wir wollen, daß die **Was geht ab?** in möglichst vielen Gegenden auftaucht und zwar regelmäßig. Deshalb gibt es auch einen Wiederverkaufsrabatt, bei Interesse bitte bei uns melden!

Zum Schluß: Wenn du Anregungen oder Kritik hast, nix wie her damit. Wir sind noch fleißig am Lernen...

+++ +++ +++ +++

So funxioniert die "Was geht ab?":

Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche "Bundesweit", die einzelnen Bundesländer in alphabetischer Reihenfolge, "International" und "Index dieser Ausgabe". Nach den einzelnen Überschriften kommt in Klammern die Quellenangaben. Falls die Infos aus vielen Quellen stammt, wird nur eine Auswahl angegeben. In der Regel sind die Artikel nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf.

Der INDEX ist sortiert nach "Stichworten", "Organisationen/Medien", "Personen" und "Orte". Es wird immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

+++ +++ +++ +++

Antifa-Zeitungen & Antifa-Adressen

Ein fester Bestandteil dieser Zeitung ist die Vorstellung von aktuellen antifaschistischen und antirassistischen Zeitschriften. In der letzten Ausgabe haben wir bereits damit begonnen.

Außerdem hatten wir angekündigt, in dieser Ausgabe eine Liste mit Kontaktadressen von Antifa-Gruppen abzudrucken. Leider haben wir uns mit dem Umfang der Zeitung völlig verschätzt, so daß beides auf die nächste Nummer verschoben werden muß.

+++ +++ +++ +++

Inhaltsverzeichnis:

+++ +++ +++ +++

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer (2/95) ist der 20. Januar 1995, was danach kommt, hat kaum noch Chancen, in die aktuelle Nummer reinzukommen!

+++ +++ +++ +++

Impressum dieser Ausgabe:

#1/95 vom 1. Januar 1995
2. Jahrgang
Die **Was geht ab?** wird herausgegeben vom A-Point e.V., Postfach 110 331 in 10833 Berlin.
Redaktion: Edelweiß-Piraten Berlin
ViSdP: Kai Mara
Druck: Eigendruck, Berlin

Sammelanschrift für alle:

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
- - - - - - - - - - - -
Fax:
030 / 694 67 95

+++ +++ +++ +++

Quellen

Dies sind die Quellen, die in dieser Ausgabe benutzt wurden:

Antifa-AK Celle
AN: Antifaschistische Nachrichten
Autonome Gruppe Rheinbach
Badische Zeitung
BeZe: Berliner Zeitung
BZ: Berliner Springer-Zeitung
Bild-Zeitung
EPIs Mechenhard
EPIs Rudolstadt
Fritz: Brandenburger Jugendsender
Interim: Autonome Wochenzeitung
JW: Juge Welt
ND: Neues Deutschland
NE: Nation + Europa
Spiegel
Taz: Die Tageszeitung
Trend: Berliner GEW-Blatt
Tsp: Tagesspiegel
WaS: Welt am Sonntag

Die Was geht ab? abonnieren!

Ein Abo der Zeitung umfaßt die #1 (12/94) bis zur #7 (6/95) und kostet **20 DM** (einfaches Abo) bzw. **30 DM** (Förder-Abo).
Bei weniger Nummern oder Einzelexemplaren: **3,50 DM.**
Abos werden vorläufig nur bis zur #7 angenommen!

Ich möchte ein
O Einfaches Abo
O Förder-Abo
O Abo ab der Nummer:
Anzahl der Ausgaben:

Name und Adresse:

Bundesweit

Weniger rechte Straftaten?

(Tsp 23.12.94, jW 28.11.94)

Der **Verfassungsschutz (VS)** hat in diesem Jahr weniger Gewaltaten mit erwiesener oder zu vermutener rechtsextremistischer Motivation feststellen können. Und zwar vom 1. Januar bis zum 30. November 94 "nur" 1233 Straftaten. Aber selbst der VS-Präsident, ***Eckart Werthebach***, sagte dazu: "Entwarnen kann man schon deshalb nicht, weil der Rückgang sich auf einem viel zu hohen Niveau abspielt". Außerdem meint der VS herrausgefunden zu haben, daß 78% der Täter 14-20 und nur 3% über 30 Jahre alt sind. 46% der Täter gingen den Angaben nach noch zur Schule oder waren in einem Ausbildungsverhältniss. Nur 24% besaßen eine abgeschlossene Berufsausbildung. TäterInnen gab es nur 7, etwa 1%.

Härter gegen Neonazis, Gewalttäter, Fluchthelfer

(BZ 1.12.94)

Ab dem 1. Dezember tritt nach langem Tauziehen zwischen Regierung und Opposition das neue Verbrechenbekämpfungs-Gesetz in Kraft. Das heißt:

1.) Das Verbreiten der Ausschwitzlüge zählt als Volksverhetzung und wird mit bis zu 5 Jahren Haft geahndet.

2.) Wer abgewandelte NS-Zeichen benutzt, muß mit Strafen rechnen.

3.) Gewalt wird härter bestraft.So steigt die Höchstrafe für "einfache Körperverletzung" von 3 auf 5 Jahre.

4.) Menschen die illegal Flüchtlingen über die Grenze helfen (sog. Schleuser) müssen mit bis zu 10 Jahren Haft rechnen.

5.) Beschleunigung des Strafprozesses.

6.) Der BND darf beim Abhören von Auslands-Telefonaten gewonnene Hinweise an Polizei und Justiz weiterleiten.

Bertelsmann nach rechts

(JW 16.12.94)

Der ***Bertelsmann***-Konzern bessert schon seit längerem seine Bilanzen mit rechtsextremen Schriften auf. So dementierte Bertelsmann-Sprecher **Manfred Harnischfeger** nach einer Flugblattaktion vor dem Medienkonzern zwar die Zusammenarbeit mit Nazis, bestätigte aber gleichzeitig die Geschäftsverbindungen zwischen Bertelsmann-Tochterunternehmen und dem Imperium des nationalkonservativen Münchner Verlegers **Herbert Fleissner**. Zu diesem gehört auch ***Ullstein/Propyläen*** und ***Langen-Müller***. So werden z.B. bei der Bertelsmann-Druckerei Mohndruck Bücher für diese beiden Verlage gedruckt. Die Bertelsmann-Buchclubs führen zudem einige rechtsextreme Bücher der Fleissner-Gruppe. Außerdem wird das Bertelsmann-Unternehmen ***Vereinigte Verlagsauslieferung (VVA)*** ab Anfang 1995 die Distribution für Ullstein und Langen-Müller übernehmen. Der Jahresumsatz bei der VVA soll sich deshalb um 15 Prozent erhöhen, meldete die Lokalpresse. Die Bertelsmann-Tochter ***UFA*** schaltet außerdem in rechtsextremen Zeitschriften Anzeigen. So warb sie in der ***Natinonal-Zeitung*** von **Gerhard Frey** für Videos, die aus dem NS-Propagandaministerium kommen könnten. Fleissners Verlage verlegen den Hauptteil der rechtsextremen Bücherszene, z.B. alle vier Bücher von **Franz Schönhuber**, aber auch die Hetze des Auschwitz-Leugners **David Irving** und die Bücher von **Jörg Haider**. Der Münchner ist auch ein wichtiger Gönner im braunen Netz. Durch Anzeigen finanziert er unter anderem Publikationen der neuen Rechten wie die ***Nation+Europa*** und die ***Junge Freiheit***.

Volltreffer "Junge Freiheit"

(JW 8.12.94, Erklärung)

Bei Brandanschlägen auf mehrere Einrichtungen in Berlin und Weimar, die mit der Produktion und dem Vertrieb der ***Jungen Freiheit*** zu tun haben, ist nach Polizeiangaben ein Schaden von 2,5 Millionen DM entstanden. Die VerursacherInnen gaben dazu eine Erklärung ab, die wir weiter unten dokumentieren. Nach dem Anschlag schäumten die ZeitungsmacherInnen natürlich, zumal die ***Union-Druckerei***, die die JF bisher druckte, ebenfalls Opfer eines Anschlags wurde und den Vertrag mit der Zeitung nach einer Woche "aus Sicherheitsgründen" fristlos kündigte. Zumindest die "Junge Freiheit" vom 15.12.94 konnte daraufhin nicht gedruckt werden. Mittlerweile hat das Bundeskriminalamt die Ermittlungen übernommen.

In der JF vom 8. Dezember '94 leistete sich die Redaktion einen großen Fehler, der ihnen nicht nur einigen Spott, sondern auch eine Strafanzeige eingebracht hat: Mit einem - ganz offensichtlich - selbst ausgedachten Interview mit angeblichen Linken aus Weimar, hier einige Auszüge: *"Wir besorgten uns von den Russen hier Wodka, Makarow und vereinzelt Kalaschnikows." (Zur Aktion mit der Druckerei:) "Wir waren es nicht. Wir haben nur die Leute aus Göttingen logistisch eingeführt. Wir haben denen das Gebäude gezeigt usw."* In der Einleitung zu diesem "Interview" beschrieb die Redaktion, wie sie das Vertrauen der angeblichen Interviewpartner erschlichen haben: *"Wir mischen uns unters Volk und gaben uns als Redakteure der 'Jungen Welt' aus. Mit Freiexemplar und, naja, gefälschtem Ausweis für das Betreten des Redaktionshauses, der aus der Fototasche fiel."* Aufgrund dieser Selbstbezichtigung stellte die ***Junge Welt*** Strafanzeige wegen Urkundenfälschung und forderte eine Unterlassungserklärung.

Hier dokumentieren wir den Wortlaut der Erklärung zu den Anschlägen:

Der Widerstand gegen die faschistische Wochenzeitung "Junge Freiheit" geht weiter! Am 4.12.94 haben wir verschiedene Objekte in Berlin und Weimar angegriffen. Sie alle sind an der Herstellung und dem Vertrieb der faschistischen Wochenzeitung "Junge Freiheit" beteiligt. Wir wollen mit unseren Brandsätzen gegen die Druckerei, einen PSG-Kiosk und gegen Fahrzeuge von Vertriebsfirmen das Ende dieses Machwerks beschleunigen.

Was ist die "Junge Freiheit"?

Die Zeitung JF ist der Versuch der sogenannten Neuen Rechten, mit journalistischen Mitteln in politisch und kulturell bedeutsame Bereiche der BRD-Gesellschaft einzubrechen und sich dort zu konsolidieren. Die sogenannte Neue Rechte versteht sich als Mittler zwischen allen Schattierungen des braunen Rands, von Konservativen bis zu bekennenden Nationalsozialisten. Für die Zeitung schreiben Personen, die den verschiedensten rechten und faschistischen Gruppierungen und Organisationen angehören, wie z.B. **Thorsten Thaler** (Ex-***Deutsche Liga***- Funktionär; beteiligt am ***Freundeskreis G. Kaindl***, für den unter anderem im Neonazi-Terrorblatt ***Einblick*** geworben wurde) oder auch der ***CDU***- Rechtsaußen **Heinrich Lummer**. Ihr gemeinsames Ziel ist es, eine neue kulturelle Vormachtsstellung der Rechten zu etablieren und den Nationalsozialismus zu rehabilitieren. Dieser Versuch ist als Etappenziel auf dem Weg zur politischen Macht zu bewerten. Die JF bezieht sich dabei offen auf die Vordenker der sogenannten "konservativen Revolution", wie z.B. **Carl Schmitt**, der ab 1933 Mitglied der NSDAP war. Die "konservative Revolution" war in den 20er Jahren geistiger Wegbereiter des deutschen Faschismus.

In populistischem Stil, aber nicht ohne intellektuellem Anspruch, werden von der JF, quer durch das rechte Spektrum, sowohl deutschnationale Burschenschaftler und CDU-nahe AbtreibungsgegnerInnen, als auch NS-Kader und "Deutsche Liga"-FunktionärInnen angesprochen. Sie beschränken sich allerdings nicht auf dieses Spektrum, sondern versuchen auch andere, und hier besonders eine vermeintliche linke Elite, anzusprechen. Sie wollen faschistische Denk- und Handlungsweisen bei denen, die (zukünftig) an den Schaltstellen der Macht sitzen, bestärken und erzeugen. So soll langfristig die ganze Gesellschaft in ihre Richtung gezwungen werden. Mit diesem Hintergrund ist es auch verständlich,

warum sie Berichten über Diskussionen innerhalb der Linken viel Platz einräumen und den Dialog mit frustrierten Linken suchen. Daß einige der Ex-Linken darauf eingehen und ihnen helfen faschistisches Gedankengut salonfähig zu machen, finden wir widerwärtig.

In dem Versuch, einen neuen, rechten Zeitgeist zustande zu bringen, verdreht das Blatt Begriffe um zu verharmlosen, zu verwirren, zu vernebeln. Vom Nationalsozialismus geprägte Begriffe werden vermieden und gegen neue, wissenschaftlich neutral klingende ersetzt. So wird z.B. aus "Rassenhygiene" "ethnische Homogenität". Damit versuchen sie sich der Brandmarkung als faschistisches Projekt zu entziehen. Dennoch finden sich in der JF viele Belege für ihre faschistische Gesinnung, die wir hier kurz darlegen.

<u>Die JF ist rassistisch und antisemitisch!</u>

Neurechte Demagogen, wie **Alain de Benoist** und **Armin Mohler**, philosophieren in der JF ungeniert über die Legitimität von Rassismus. Die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock werden heruntergespielt und als angeblicher Ausbruch eines in die Ecke gedrängten Volkes verkauft. Auch der Mannheimer Richter, der mit seinem Urteil den NPD-Vorsitzenden Deckert und seine antisemitische Propaganda unterstützt hat, wird von den Kommentatoren der JF in Schutz genommen. Obwohl antisemitische Themen bisher keinen Schwerpunkt bilden, sind antisemitische Äußerungen in fast jeder Ausgabe eingestreut.

<u>Die JF ist frauenfeindlich!</u>

Eines ihrer Politikfelder ist der Kampf gegen Abtreibungen. Sogenannte "Lebensschützer-Organisationen" bekommen Platz eingeräumt, um gegen das Recht der Frauen Sturm zu laufen. Auf dem Hintergrund einer biologistisch definierten Frauenrolle werden Frauen als Gebärmaschinen und Pflegerinnen der großen Krieger und ihrer Kinder idealisiert. Die patriarchale Familie ist die Keimzelle, der von ihnen angestrebten Gesellschaft. Dafür leistet die JF in ihrem Kleinanzeigenteil, wo deutsche Burschen anschmiegsame blonde Mädel zum Gebären von 3-6 Kindern suchen, praktische Hilfe. Die Schreiber, und ganz vereinzelten Schreiberinnen, der JF versuchen auch hier ihre wirklichen Ansichten zu verschleiern, z.B. indem sie über feministische Autorinnen nur polemisieren ohne ihre eigene Position darzulegen. Die männerbündlerischen Strukturen sollen dadurch verdeckt werden, daß männliche Autoren unter weiblichen Pseudonymen schreiben.

<u>Die JF ist völkisch, nationalistisch und elitär!</u>

Der Elitegedanke, des auf sozialdarwinistischen Grundsätze beruhenden, "Journalismus" der JF wird immer wieder hervorgehoben, sind doch nicht wenige AutorInnen Mitglieder rechtsradikaler Burschenschaften. Der völkische Charakter der JF wird durch ihre ständigen Versuche den Begriff "Volk" als etwas naturhaftes zu charakterisieren klar. Zwischen den Zeilen trieft es nur so vor Stolz auf's Deutschsein.

Staatsknete für die "Junge Freiheit"

(JW 29.10.94)

Ihren "ganz persönlichen Einstieg in den deutschen Medienmarkt" verspricht die rechtsextreme ***Junge Freiheit*** potentiellen Teilhabern ihres Verlages. Um das Kapital bereitzustellen, das der Verlag für die Umstellung des Blattes auf und den Betrieb als Wochenzeitung benötigte, wirbt das rechte Blatt seit Mai 1993 in ihrem Umfeld um Kommanditisten. Zwei Millionen Mark Kapital streben Verlagsleiter **Götz Meidinger** und Chefredakteur **Dieter Stein** an. Bis zur Gründung der Kommanditgesellschaft ***Junge Freiheit GmbH & Co.*** am 13. Januar 1994 seien Anteile in Höhe von einer halben Million DM gezeichnet worden, erklärten die beiden Köpfe des Blattes im Juli '94. Die Eintragung der KG in das Potsdamer Handelsregister - in dieser Stadt erscheint die JF seit Januar '94 - erfolgte am 7. Oktober 1994. Seitdem sind auch die Details der Konstruktion des Verlages zugänglich. Persönlich haftende Gesellschafterin der KG ist, wie zu erwarten, die ***Junge Freiheit Verlag GmbH***, Freiburg. Geschäftsführer der GmbH sind Stein und Meidinger, Gesellschafter die beiden Chefs und JF-Mitarbeiter sowie der Südtirol-Terrorist **Peter Kienesberger**. Der einzige bislang eingetragene Kommanditist ist der ehemalige ***NPD***-Funktionär **Ulrich Ruth**, Mercedes-Benz-Betriebsrat, der inzwischen Wahlkampf für die ***Deutsche Liga (DL)*** betreibt. Die Eintragung der weiteren Kommandantisten durch das Registergericht Potsdam wird sich noch einige Monate hinziehen. Daß die KG in Potsdam, die GmbH jedoch in Freiburg sitzt, eröffnet der "Jungen Freiheit" interessante finanzielle Spielräume. Denn ostdeutsche Firmen, bei denen westdeutsche Unternehmer investieren, profitieren vom Partnerschaftsprogramm der Bundesregierung: Sie können bei der Deutschen Ausgleichsbank ein günstiges Darlehen in der 2,5-fachen Höhe der Investition aufnehmen. Staatsknete für die "Junge Freiheit"? Unterstützung können die Potsdamer Edelnazis gut gebrauchen. Publizistisch ist ihr Blatt ein Rohrkrepierer: Dem Einzelhandel hatten die JF-Macher zu erwartende Verkäufe von 65.000 Exemplaren angekündigt. Die Grossisten wollten das nicht so recht glauben und orderten erstmal 30.000 Stück. Verkauft worden seien davon 5.100 Exemplare, heißt es in Branchenkreisen.

<u>Die JF ist imperialistisch und revanchistisch!</u>

Ein nach innen totalitäres (da ist z.B. an die Errichtung von "Arbeitslagern" gedacht), nach außen aggressiv expandierendes Deutschland, ist der Idealstaat für die JF-AutorInnen. Die bestehende Ostgrenze Deutschland wird von ihnen nicht anerkannt, die fünf angeschlossenen Bundesländer, werden als "Mitteldeutschland" bezeichnet. Nationale Interessen müsse der Staat, ihrer Meinung nach, auch mit militärischen Mitteln im Ausland durchsetzen. Die Schlips- und Kragen-Faschisten der JF meinen außerdem Ansprüche auf die Gebiete innerhalb der Grenze von 1937 anmelden zu können. Durch die Entwicklung der Europäischen Union sieht die JF den Nationalstaat Deutschland bedroht. Die politische und militärische Einbindung Deutschlands in Europa steht ihrem Plan der Wiedereinverleibung von Teilen Polens, Rußlands, Österreichs, Italiens, der Tschechischen Republik und anderer entgegen. Bei der revanchistischen Agitation der sogenannten ***Deutschen Freundeskreise*** in Polen leistet die JF intensiv Schützenhilfe. Die Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika erklären sie zur Bedrohung, die z.B. durch Maßnahmen der Bevölkerungsregulierung, durch die Staaten des reichen Nordens bekämpft werden müssen.

<u>Die JF ist revisionistisch!</u>

Im Bestreben der JF, die deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus zu verharmlosen und dadurch das NSDAP-Verbot aufheben zu können, kommt dem Geschichtsrevisionismus große Bedeutung zu. Zentraler Ansatzpunkt dieser, von der JF mitunterstützten Kampagne, ist die mit pseudowissenschaftlichen Scheinargumenten begründete Leugnung des Faktums der industriellen Massenvernichtung in den nationalsozialistischen Lagern. Bei ihrem durchsichtigen Unterfangen befinden sich JF-AutorInnen in trautem Einklang mit dem NS-Agitator und Geschichtsfälscher **David Irving** und anderen Nazi-Kadern, wie z.B. **Ewald Althans**.

Gegen die Verbreitung dieser menschenfeindlichen Ansichten kämpfen AntifaschistInnen seit Jahren. Dabei sind bereits Erfolge erzielt worden. Die JF konnte sich längst nicht in dem Maß als Wochenzeitung etablieren,wie dies von ihnen geplant war. Entgegen der Prahlereien ihres Machers **Stein**, daß die Auflage 100.000 betrage, werden derzeit nur knapp 15.000 Exemplare gedruckt. Aufgrund des vielfältigen propagandistischen und auch militanten Widerstands wurde das Blatt außerdem an vielen Berliner Kiosken aus dem Sortiment genommen.

<u>Wir haben mit Brandsätzen folgende Objekte angegriffen:</u>

1. DIE DRUCKEREI, in der die "Junge Freiheit" gedruckt wird: Nachdem sie jahrelang vom Brühl-Druck, Gießen produziert wurde, lassen sie seit September 1994 (Nr. 37) in der ***Union-Druckerei***,

Weimar drucken. In dieser Druckerei wurde, bis zu seiner Einstellung 1992/93 das Thüringer Tageblatt, die 1946 gegründete Bezirkszeitung der Ost-CDU hergestellt. Nach der Annektion der DDR ging die Zeitung samt Druckerei, wie alle Organe der Ost-CDU, über in den Deutschen Zeitungsverlag der FAZ-Gruppe. Der Wechsel von Gießen nach Weimar zeigt, daß die FAZ dem Projekt offensichtlich aufgeschlossen gegenübersteht. Ebenso aufgeschlossen zeigt sich der Geschäftsführer der Union-Druckerei, Ernst-Ulrich Dill (Bruno-Apitz-Str. 21, Weimar/Schöndorf, Tel. 03643/410105). Nach der Gründung einer örtlichen Bürgerinitiative, die mit Flugblättern auf den Charakter des Blattes aufmerksam gemacht hat, und der Entwendung der Versandunterlagen der JF am 4.10.94, kündigte er an, die inhaltliche Richtung der JF zu überprüfen und gegebenenfalls aus dem Vertrag auszusteigen. Seitdem sind Wochen verstrichen und es ist nichts passiert. Im Gegenteil wurde bekannt, daß er keine Veranlassung sieht, seine Zuarbeit zu beenden.

2. EINEN LIEFERWAGEN des ***Brandenburger Presse-Vertriebs (BPV)***. Den BPV gibt es seit 1991. Er ist einer der derzeit in Berlin existierenden drei Großvertriebe, die das Geschäft unter sich aufteilen. Der BPV deckt dabei Ostberlin sowie die Region ab. Da rund 150 Pressegrossisten in der BRD eine stark monopolistische Stellung haben, können sie die Verträge bestimmen und verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftensortimente zusammenstellen, die von den Kiosken dann als Gesamtpaket genommen werden müssen. In diesen Sortimenten können auch faschistische Zeitungen sein, wenn sich der Vertrieb davon Profit verspricht. Kioske, die diese jedoch (gewollt oder ungewollt) nicht verkaufen, werden zwangsläufig mit diesen nicht mehr beliefert. Außer diesem ökonomischen Gesichtspunkt haben die EinzelhändlerInnen jedoch wenig Mitspracherecht. Im Gegensatz zu den meisten Grossisten sind die Berliner BPV und die Vertriebsvereinigung nicht im "Presse Grosso-Bundesverband Dt. Buch, Zeitungs und Zeitschriften Grossisten e.V." (Eupener Str. 161a, 50933 Köln) organisiert. Mit der JF werden die Grossisten von der Firma ***SPS Verlagsservice*** (Karl-Mand-Str. 2, Koblenz) beliefert. Die Grossisten beliefern dann kleinere Ketten, wie z.B. Bahnhofs-Buchhandelketten oder liefern direkt an die einzelnen Kioske nd Läden.

3. EIN LIEFERWAGEN der Firma ***Wolff***. Gegen diese mittelständische Kioskkette aus Lichtenberg wurden seit 1992 verschiedene Aktionen unternommen, die jedoch kaum einen Kurswechsel in der Verkaufspolitik in Gang setzen konnten. Noch immer werden an 5 ihrer 7 Kioske, teilweise sogar offen, faschistische Zeitungen verkauft.

Die Verantwortlichen dieser Firmen haben anscheinend gehofft, daß sie dem Widerstand durch Heuchelei und Aussitzen den Wind aus den Segeln nehmen können. Mit unseren Anschlägen haben wir ihnen hoffentlich deutlich gemacht, daß sie sich geirrt haben und wir die Herstellung und den Vertrieb von faschistischen Zeitungen nicht hinnehmen. Selbstverständlich soll das nicht bedeuten, daß wir andere bestehende Machtstrukturen und ihre UnterstützerInnen für weniger anschlagsrelevant halten, oder gar den Normalzustand, diese Scheindemokratie, verteidigen wollen. Unser Kampf richtet sich gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Hier und weltweit! Kein Rederecht für, keinen Dialog mit Faschisten und Faschistinnen! Freilassung aller inhaftierter AntifaschistInnen! Schau nicht weg - greif ein! Schau hin - greif an! Organisiert den antifaschistischen Kampf!

Revolutionäre Lesbenfrauen und andere revolutionäre Gruppen

Deckert-Richter bleiben im Amt

(BeZe 14./25.11.; Fritz 15.12.; Taz 17.12.94)

Die beiden Mannheimer Richter **Rainer Orlet** und **Wolfgang Müller**, die das weltweit mit Entrüstung aufgenommene Urteil gegen den ***NPD***-Vorsitzenden **Günther Deckert** gefällt haben, bleiben im Amt. Das Präsidium des Landgerichts Mannheim teilte mit, daß die personelle Besetzung der Sechsten und Ersten Großen Strafkammer nicht geändert werde. Über die Gründe des Beschlusses wurde nichts bekannt. Die Sechste Große Strafkammer hatte Deckert wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß am 22. Juni '94 nur zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt und ihn gleichzeitig als *"charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen"* bezeichnet. Am 15. Dezember '94 revidierte der Bundesgerichtshof nun dieses Urteil, so daß der Prozeß vor einem anderen Landgericht noch einmal verhandelt werden muß. Das Urteil vom Sommer bezog sich auf eine Veranstaltung mit dem US-Nazi **Fred Leuchter**. Deckert hatte dessen Redebeitrag, die Leugnung der Auschwitz-Morde, übersetzt und zustimmend kommentiert. Das BGH-Urteil bestätigte zwar den Schuldspruch, hob aber das zu milde Urteil auf. Vor allem die Gewährung einer Bewährungsfrist wurde kritisiert, da sich Deckert bei *"seiner politischen Agitation über die geschichtliche Tatsache des Massenmordes in den Gaskammern von Konzentrationslagern hinweggesetzt"* habe, und das *"sei nicht geeignet, sein Tun in einem milderen Licht erscheinen zu lassen"*. Währenddessen hat der Richter Orlet nach seiner "Krankheit" wieder seinen Dienst angetreten. Neben vielen anderen protestierte der ***Bundesverband Jüdischer Studenten*** gegen den Dienstantritt Orlets am 14. November mit der Erklärung *"Der Richter Rainer Orlet hat sich der Gesinnungskumpanei mit dem NPD-Vorsitzenden Günter Deckert schuldig gemacht!"* Auch viele andere gesellschaftlichen Kräfte haben sich gegen die Wiedereinsetzung von Orlet gewandt, darunter mehrere Parteien, Gewerkschaften und etliche antirassistische und Antifagruppen. Orlet selbst hat unterdessen lediglich seinen *"Schreibfehler"* im Urteil bedauert, sich aber über die *"sehr ausführliche und korrekte"* Berichterstattung in dem Naziblatt ***Nationalzeitung*** gefreut.

"Komm mit" Nolte

(Tsp, JW 14.12.94)

Noch gar nicht lange im Amt und die erst 28jährige Bundesjugendministerin **Claudia Nolte** (CDU) hat ihre erste Affäre am Hals. Nolte hat sich in einem Geleitwort positiv über den rechts-konservativ-katholischen ***"Komm mit"***-Kalender ausgesprochen. In diesem Kalender wird neben dem Deutschlandlied in allen drei Strophen auch eine Deutschlandkarte von 1937 abgebildet. Unter dem Bild steht *"Ostdeutschland (Schlesien, Pommern, Ostpreußen) gehört nach wie vor zu Deutschland - unabhängig davon, ob die offizielle Politik sich daran orientiert."* Unter den Leitworten *"Ehre, Freiheit, Vaterland"* oder *"Freiheit, Deutschheit, Jugendlichkeit"* wird die *"Oder-Neiße-Linie"* als *"Unrechtsgrenze"* bezeichnet. Daneben wird für die rechtsextremen Presseprodukte ***Mut*** und ***Nation + Europa*** geworben. Wörtlich äußerte sich Nolte über den Kalender: *"Mir imponiert die Art und Weise, wie Sie jungen Menschen christlich-katholisches Gedankengut nahebringen"*. Darüber hinaus bat sie die Redaktion des Kalenders, *"im Bemühung um die Verbreitung der Wahrheit nicht nachzulassen"*. Der Chef des ***"Komm mit"-Verlags***, **Günter Stiff**, sagte, daß Nolte bereits in der Ausgabe 1992 das gleiche Grußwort verfaßte. Auch schon für die 95er Ausgabe hatte Nolte einen Geleittext gesandt. Nach den öffentlichen Protesten hat Nolte nun den Bundesinnenminister **Manfred Kanther** gebeten, den Kalender auf Verfassungswiedrigkeit zu überprüfen.

Schwammberger

(JW, Tsp 3.12.94)

Gegen den früheren SS-Oberscharführer **Josef Schwammberger** hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft erneut Anklage erhoben. Ihm wird vorgeworfen, 144 Menschen ermordet oder Beihilfe zu ihren Ermordung geleistet zu haben. Schwammberger war während des 2. Weltkriegs Lagerleiter und Getto-Kommandant in mehreren polnischen Städten. Der 82jährige wurde bereits 1992 wegen Mordes und Beihilfe an 650 Menschen zu lebenslanger Haft verurteilt.

GdP gegen REP

(JW, Tsp 14.12.)

Nach einem Urteil des Landgerichts Düsseldorf darf die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitglieder der Republikaner ausschließen. Der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz begrüßte diesen Entschluß und forderte die Innenministerien dazu auf, Mitglieder der Reps auch aus dem Polizeidienst zu entfernen.

REP-Bundesparteitag: Neuer Führer

(AN 26/94)
Am 17./18. Dezember '94 hielt die Partei ***Republikaner (REP)*** in Sindelfingen ihren Bundesparteitag ab. Elf Jahre nach der Gründung der REPs ist es nun passiert: Der bald 72jährige **Franz Schönhuber** steht nicht mehr an der Spitze der Partei; er machte dem 39jährigen **Rolf Schlierer** aus Stuttgart als neuem Parteichef Platz. Eine inhaltliche Polarisierung in der Partei ist nicht zu übersehen. Sie verläuft ungefährt entlang der Linie, ob man *"auf die soziale Verelendung der einheimischen Bevölkerung setzt, um die nationale Frage mit sozialem Sprengstoff zu vermengen"*, oder ob man auf *"diejenigen, die etwas zu verlieren haben und dies auch zu Recht befürchten"* (so eine schriftliche Selbstpräsentation von Rolf Schlierer, der sich für die letztere Variante ausspricht) setzt. Und entlang der Entscheidung über *"fundamentale Opposition"* (Schönhuber) einerseits oder für die Position von Schlierer andererseits: *"Die Republikaner sehen sich nicht als eine Partei, die in Gesetzgebung und Exekutive Verantwortung übernehmen will"*. Solange die Agitation gegen "Ausländer und Asylanten" Menschen aus allen möglichen Schichten und Milieus anzog, hielten diese beiden Linien zusammen; in Zeiten abnehmender Wahlerfolge entfernen sie sich voneinander. In einer Frage allerdings haben sich die REPs deutlich entschieden. Die Beschlüsse des Parteitags in Ruhstorf vom 8. Juli 1990, als die REPs sich von den durch Schönhuber damals so titulierten "Rassisten und Extremisten" in ihrer Partei (wie den späteren Gründern der ***Deutschen Liga***, **Harald Neubauer** und **Franz Glasauer**) abgrenzten und einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit ***NPD*** und ***DVU*** als rechtsextremen Parteien fällten, sind stillschweigend über den Haufen gekippt worden. Schönhuber, der sie damals gegen erhebliche Widerstände durchkämpfte, heute: *"Ich habe die Ruhstorfer Abgrenzungen durchgesetzt, um unsere Beamten und ihre Familien zu schützen. Ich habe es dabei in Kauf genommen, daß dabei auch jene über die Klingen springen mußten, die zu den Aktivsten der Partei gehörten. Bei einigen tut es mir heute noch leid. Jetzt aber ist eine andere Zeit und man muß anders reagieren."* Und: *"Wir haben inzwischen Bezirksvorsitzende, die in der NPD waren. Das können keine Parteimitglieder zweiter Klasse sein."* Bei Schönhuber ist die Rede von der "kontrollierten Öffnung nach rechts". Kein Flügel, keine Strömung verteidigt mehr die in Ruhstorf vorgenommene Abgrenzung. Auch der um bürgerliche Respektabilität bemühte Exponent Rolf Schlierer sagte auf dem Parteitag: *"Gesprochen worden ist heute über eine Öffnung. Das heißt: wir werden offen sein gegenüber Leuten, die aus nationalliberalen Motiven von der FDP zu uns kommen, von einer SPD nach der Vorstellung Kurt Schumachers her; und selbstverständlich werden wir auch offen sein gegenüber Leuten, die von anderen Rechtsparteien zu uns kommen"*. Der brav auftretende Schlierer könnte dafür aber auch ein ureigenes persönliches Interesse haben: laut einer Pressemitteilung der NPD vom 15.12.94 ist Schlierer (der von 1973-78 in Gießen Medizin und von 1981-88 in Tübingen Jura studierte) nämlich mit Datum vom 7.5.1974 in den ***Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB)*** eingetreten und *"ehemaliger Aktivist des NHB"*. Schlierer behauptet indes, er habe damals dem NHB nur bei einem Prozeß gegen den Asta geholfen. Als Medizinstudent im 2. Semester? 1976-79 war Schlierer dann Mitglied im CDU-nahen ***Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)***.

Franz Schönhuber rechnete am Anfang des Parteitags in einer einstündigen Rede mit seinen Gegnern in und außerhalb der Partei noch einmal ab. Die Versuche, salon- und koalitionsfähig zu werden, verwirft Schönhuber: *"Die Versuche mit der Koalitionsfähigkeit sollten wir vergessen. Es wird niemand mit uns koalieren. Das ist ein Denken in paradiesischen Zuständen. Ich will nicht die Füße unserer Kerkermeister küssen, ich will nicht dem Herrn Kanther Pfötchen geben und betteln"*. Und deutlich an Rolf Schlierer gerichtet, der am 11.11.1994 in der *"Jungen Freiheit"* ein Interview unter dem Titel *"Wir werden die Nationalliberalen sammeln"* gegeben hatte, widerspricht Schönhuber: "Wenn ich dann höre, 'wir wollen nationalliberal sein', warum geht man dann nicht in die FDP, um deren nationalliberalen Flügel zu stärken; der hat das nötig, so klein wie er ist. Es wird niemand von der FDP zu uns kommen, was soll er bei uns? Bei uns kann er nur stigmatisiert werden". Sein Freund **Hellmut Diwald**, der 1993 verstorbener Erlanger Historiker, habe ihm kurz vor seinem Tode gesagt: *"Vergiß die Konservativen, vergißt die Liberalen, wenn's eisenhaltig wird, laufen die davon"*. Schönhubers Konzept lautet daher: *"Unsere Chance kann nur sein, eine fundamentale Opposition zu betreiben. Fundamentale Opposition zu betreiben heißt nicht außerparlamentarisch. Aber sie muß radikal sein, das heißt sie muß an die Wurzel gehen"*. Dann bezeichnete Schönhuber sich als "linker Rechter", sein Vater sei Nationalsozialist gewesen, kein Hitler- sondern ein Strasser-Anhänger. Neben Strasser berief sich Schönhuber auch noch auf Ernst Niekisch, der ebenfalls für eine stärkere "soziale" Komponente im Nationalsozialismus steht.

Der ehemalige ***CDU***-Bundestagsabgeordnete und Sprecher des ***Deutschland-Forums***, **Rudolf Krause**, Tierarzt aus Sachsen-Anhalt, trat zwischen den inhaltlichen Polen der Partei mit einer Art zentristischen Position an. *"Nun sind drei Strömungen in der Partei vorhanden: Die Troika* (gemeint sind Rolf Schlierer, **Christian Käs** und **Alexander Hausmann**) *diejenigen, die sagen: 'wir werden nicht mit jenen paktieren, die die Partei in eine Krise getrieben haben'*, (gemeint ist der Bayerische Landeschef **Wolfram Hüttl**), *und diejenigen, die die Einheit wollen. Wir wollen die Einheit der Partei unter Einbeziehung aller ihrer tragenden Flügel"*. Ansonsten legt Krause den Schwerpunkt nicht auf Politikkonzepte, sondern auf die Beschwörung der Werte, die der Partei doch gemeinsam seien - um sich so der Polarisierung in Schönhuber-Anhänger und -Gegner zu entziehen. Krause produzierte vor allem allerlei Plattheiten ("Wir sind die Partei der Familie, anständig usw.") und beruft sich zur Rechtfertigung des Antisemitismus auf das Evangelium.

Dann bekam Rolf Schlierer das Wort: Der stets brav und beinahe wie ein Abiturient wirkende Schlierer, Vorsitzender der REP-Landtagsfraktion in Stuttgart, hielt sich knapp. Schlierers Konzept ist die Professionalisierung der Partei. Wichtigstes Anliegen ist der Weg *"von unten nach oben in die Parlamente, durch die Kommunalparlamente"*. Dort müsse die *"Partei ein Gesicht gegenüber dem Bürger gewinnen, dort werden die Republikaner mit Personen identifiziert"*. Politisch steht Schlierer für eine "rechtsdemokratische" Partei. Auch Schlierer spricht von einem *"beachtlichen Protestpotential in Deutschland, das für uns jederzeit aktivierbar ist"*. Schlierer meint damit jedoch etwas anderes als Schönhuber. In seiner schriftlichen Presseinformation heißt es: *"Harte statistische Daten über unsere Wählerschichten gibt es bisher nur aus Baden-Württemberg.Danach wählen uns nicht die sozial Entwurzelten und angeblichen Modernisierungsverlierer, sondern diejenigen, die etwas zu verlieren haben... Mit dem Politklamauk rechter Bewegungen haben diese Wähler nichts zu tun"*. Politisches Thema für Schlierer ist demnach zuerst die "innere Sicherheit": *"Wir haben 1989 als Wiedervereinigungspartei Erfolg gehabt, als Einpunkt-Partei. Wir haben 1992 als Asylpartei Erfolg gehabt, wieder als Einpunkt-Partei. Wir werden 1995 oder '96 wieder Erfolg haben, wieder als Einpunkt-Partei, mit dem Thema 'innere Sicherheit'*. Man wird Schlierer nicht einfach als "Gemäßigten" behandeln können, der auch in die CDU passen würde. "Im Jahr 1986 wurde der damalige Pressesprecher der REPs vom 'Stern' als Antisemit entlarvt. Eine Reporterin der Illustrierten, die sich unerkannt in der südwestdeutschen

REP-Szene bewegen konnte, soll Schlierer gesagt haben, daß jüdische Emigranten aus Deutschland, vermutlich aus später Rache alles daran setzen, das deutsche Volk zu vernichten" (aus: Südkurier, Konstanz, 26.8.94. Die Jahreszahl dürfte falsch sein, da Schlierer erst 1987 den REPs beitrat). Jedoch widerspricht er Schönhuber mit seinem "fundamentaloppositionellen" Vorstellungen. *"Ich glaube nicht, daß wir in einem Getto oder einem Kerker uns befinden... Es gibt ein berühmtes Wort aus dem Reichstag, wo ein Sozialdemokrat sagte: 'Wir sind wehrlos, aber nicht ehrlos'. Ich sage heute: 'Wir sind weder wehrlos noch ehrlos. Wir haben Prozesse gewonnen, auch gegen die Gewerkschaften, durch drei Instanzen gewonnen gegen die linksextremistischen Medien...".* Schlierers Stellvertreter als Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, **Dietmar Donnerstag**, auch in Schlierers Lager stehend, erwiderte auf Schönhuber: *"Wir leben in einer Demokratie... und von System zu sprechen mit einem abfälligen Unterton, halte ich für verfehlt und führt in eine falsche Richtung."*
Bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden setzte sich Rolf Schlierer mit 335 von 598 abgegebenen und drei ungültigen Stimmen durch. Seine Mitbewerber Rudolf Krause und Wolfram Hüttl erhielten 224 bzw. 33 Stimmen. Der abgeschlagene Hüttel sagte schon vor der Wahl aus, daß er nicht mit "Königsmördern " zusammenarbeitet, also dem Schlierer-Flügel. Die Wahl der fünf Stellvertetenden Bundesvorsitzenden korrigierte den Sieg des Schlierer-Flügel wieder etwas: Dr. Krause war mit 388 Stimmen klarer Sieger. Auch die Berliner Schönhuber-Anhängerin **Ingeborg Seifert** und die Schlierer Anhängerin **Uschi Winkelsett** kamen mit 276 und 312 Stimmen im ersten Wahlgang durch. Schlierer hatte den Parteitag gebeten, ein Personalpaket nach seinen Vorstellungen zu wählen; dieses wurde jedoch aufgetrennt und blieb teilweise erfolglos. Alexander Haussmann aus Bayern ist der personifizierte "Königsmörder", er leitet in Bayern die Absetzung Schönhubers ein, fiel in beiden Wahlgängen mit 182 bzw. 144 Simmen durch. Christian Käs, Baden-Würrtembergische Landesvorsitzende, schaffte es im zweiten Wahlgang mit 168 Stimmen; im ersten Durchgang erhielt er noch 214.
Zweifellos hat Schlierer das Rennen um das Chefamt nur deshalb gewonnen, weil Baden-Württemberg der erfolgreichste Landesverband ist (Lantagswahl 5. April 1992: 10.9%) und den Schwerpunkt der erfolgreichen Parlamentsarbeit bildet. Bis mindestens zur nächsten Landtagswahl in Baden-Würrtember im Frühfahr 1996 ist Stuttgart das neue Machtzentrum der Partei. Schlierer wurde deswegen gewählt, weil er in der bisherigen Praxis für den Erfolg steht. Eine klare Festlegung des politischen und ideoligischen Kurses hat damit indes noch nicht stattgefunden.

Bubis kritisiert Bundesregierung

(Taz 8.11.94)
Der Vorsitzende des ***Zentralrats der Juden*, Ignatz Bubis,** übte heftige Kritik an der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Entschädigungen für Überlebende des Ghettos von Riga. Bubis sagte es sei eine Schande, daß die lettischen Helfershelfer von damals heute eine Rente aus Deutschland bezögen, während die Überlebenden des Ghettos bis heute keinerlei Entschädigung erhalten hätten.

Wie weit driftet die FDP nach rechts?

(Taz 18.11.94)
In der ***FDP*** gibt es eine Initiative, die die Partei weiter nach rechts drücken möchte. Die Gruppe um den ehemaligen Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** möchte die Partei zwischen der ***CDU*** und den ***Republikanern*** ansiedeln. Ende Oktober veröffentlichte er zusammen mit mehreren Gleichgesinnten ein Diskussionspapier: *"Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung"*. Daran mitgearbeitet haben unter anderem **Rainer Zitelmann**, Publizist und Autor der ***Welt***; **Manfred Kittlaus**, Berliner Polizeiführer; **Wolfgang Mieczkowski**, FDP-Chef in Berlin-Spandau; sowie der Bankdirektor **Josewski**. In dem Papier wird eine Politik gefordert, die sich gegen *"Sozial- und Ausländerkriminalität, gegen Ökohysterie und doppelte Staatsbürgerschaft"* wendet. Im Einklang mit den REPs fordern sie ein *"Europa der Vaterländer"* und fordern eine Abkehr von Ideologien wie denen des *"Multikulturalismus"* und dem *"Feminismus"*. Der *"ganze linke Firlefanz"* führe *"doch in den Abgrund"* tönt Stahl. Daneben sind die Abkehr von Bürgerrechten - wie der Schutz vor der absoluten Staatsgewalt - und ähnliche Punkte enthalten.
Beifall erhielt die FDP-Hauptstadtcrew von der rechtsextremen Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)***: *"Jetzt müssen die nationalliberalen Kräfte mutig rechtsliberale Pflöcke einschlagen"*. Angesprochen fühlte sich sofort der Historiker **Arnulf Baring**, der zuvor schon den Rechtsruck in der Bundesrepublik für eine "Chimäre" gehalten hat. Zitat: *"Wir müssen, ähnlich wie 1945, einen neuen Staat zusammenbauen. Dies alles werden wir nur schaffen, wenn wir eine Art nationaler Schicksalsgemeinschaft zustande bringen"*. Und auch andere Personen sehen "Handlungsbedarf", auch hin zu einer neuen Partei, die durchaus auch eine alte sein kann. Darunter **Günther Rohrmoser**, Sozialphilosoph und Chefdenker des ***Studienzentrums Weikersheim***, der Geschichtsrevisionist **Ernst Nolte**, der jüngst die Auschwitz-Leugner salonfähig machte; der JF-Chefideologe **Roland Bubik**, der die Republik "nach links kippen" sieht; und nicht zuletzt natürlich **Jörg Haider**, Chef der rechtsradikalen Partei ***FPÖ***, die bei den letzten Wahlen in Österreich fast 25% der Stimmen erhielt. Haider wurde auch schon öfter zu Veranstaltungen der FDP eingeladen, so unter anderem im September '94 von **Hans-Manfred Roth**, dem Kreisvorsitzenden von Bad Cannstatt bei Stuttgart. Roths erster Anlauf 1992 scheiterte noch, doch schon ein Jahr später konnte er sich nach einem Besuch des ***REP***-Parteitags in Stuttgart *"außerordentlich positiv beeindruckt"* zeigen, ohne aus der Partei zu fliegen. Der FDP-Europakandidat **Wolfgang Rumpf** nahm im Mai '94 an einer Diskussion u.a. mit den Rechtsextremisten **Harald Neubauer *(Deutsche Liga)*, Klaus Zeitler *(REP)*** sowie **Manfred Brunner *(Bund freier Bürger)*** teil. Zwischendurch lud die "liberale" ***Thomas-Dehler-Stiftung*** in Nürnberg die neurechten Ideologen **Pierre Krebs, Karl-Heinz Weißmann** und **Wolfgang Venohr** ein. Und auch der Schweizer Auschwitz-Leugner **Arthur Vogt** durfte bei der FDP-Stiftung seinen Geschichtsrevisionismus verbreiten.
Im August 1993 füllte ein Interview mit dem (damaligen) Generalbundesanwalt Stahl eine ganze Seite der faschistischen Hetzpostille ***Remer-Depesche***. Dabei wurde ein Brief abgedruckt, in dem Stahl um Verständnis bat, den Cartellbruder **Germar Rudolf** in seinem Anliegen nicht behilflich sein zu können: die Verbreitung von dessen Gutachten, das den Holocaust leugnet. Stahl dementierte, der Remer-Depesche ein Interview gegeben zu haben. Doch die von ihm angekündigten juristischen Schritte gegen den Herausgeber **Otto Ernst Remer** gab es nicht. Übrigens bedankt sich Rudolf im Anhang des Gutachtens bei einigen Personen für *"die Unterstützung und das ermutigende Zusprechen"* - darunter bei Ernst Nolte und Rainer Zitelmann. Zitelmann bezeichnete in einem seiner Bücher Adolf Hitler als *"Revolutionär"*, unter seiner Regie verlegte der ***Ullstein-Verlag*** Publikationen von Ernst Nolte sowie das Buch *"Freiheit, die ich meine"* von Jörg Haider.
Das katastrophale Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen der letzten 1 1/2 Jahre, bei denen sie überall aus den Parlamenten flog, hat die Orientierungslosigkeit innerhalb der Partei verstärkt. Man will sich nicht mehr in der Nähe von SPD und CDU aufhalten, weil dort bereits alles von den ***Grünen/Bündnis 90*** belegt sei. So haben rechte Ideologen leichtes Spiel, den "linken Kurs" zu kippen und einen neuen Platz, zwischen CDU und REPs, anzustreben. Ob die Neurechten damit Erfolg haben, wird sich eventuell schon in diesem Jahr zeigen. Doch sicher ist: Die Erfolge des "Freiheitlichen" Jörg Haider in Österreich schimmern für viele FDP'ler vom Süden in den schönsten Farben rüber und die Berührungsängste mit ihm und Seinesgleichen werden von den eigenen Existenzängsten verdrängt.

Nazi als Richter

(JW, Tsp, BZ 24.11.94)

Der Chef der verbotenen neonazistischen ***Wiking Jugend*, Wolfram Nahrath**, ist auf dem Weg Sozialrichter zu werden. Wolfram Nahrath ist bereits Refendar bei der Berliner Justiz sowie Beamter auf Widerruf (2000 Mark Gehalt), nachdem er Jura studiert hat und die theoretische Prüfung an der Uni bestand. "Das kann der Rechtsstaat auch Herrn Nahrath nicht verweigern. Fraglich ist aber, ob so einer Staats-Beamter sein kann. Die Kammergerichts-Präsidentin prüft, ob dem Rechtsradikalen das angestrebte Richteramt noch verwehrt werden kann. Eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Referendare oder Anwärter für das Richteramt gibt es seit 1979 nicht mehr", so Berlins Justiz-Sprecher Frank Thiel. RECHTS-Anwalt kann Nahrath aber auf jeden Fall werden.

Knast für Worch

(taz 1.12.94)

Einer der führendsten Neonazis in Deutschland, **Christian Worch** aus Hamburg, ist am 30. November '94 vom Landgericht Frankfurt/M. zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Ihm wurde nachgewiesen, gegen das Verbot der ***Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS/NA)*** verstoßen zu haben. Die ANS/NA wurde 1983 verboten, die Struktur auf verschiedene andere Organisationen aufgeteilt. Worch war neben **Michael Kühnen** einer der wichtigsten Figuren im Aufbau der neuen Dachstruktur, der ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)*** und nach Kühnens Tod einer der wichtigsten Verantwortlichen für die bundesweite Nazistruktur.

Meinolf Schönborn wieder frei

(JW 7.12.94)

Der am 21. November '94 verhaftete Neonazi **Meinolf Schönborn** ist am 6. Dezember '94 wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Gegen Schönborn wurde ursprünglich ein Haftbefehl verhängt, weil er die vor zwei Jahren verbotene ***Nationalistische Front*** unter anderem Namen weitergeführt hatte. Die Entscheidung, ihn "vorläufig" freizulassen, traf die Staatsschutzkammer des Dortmunder Landgerichts.

Antisemiten verurteilt

(JW 15.12.94)

Wegen Volksverhetzung sind am 14. Dezember '94 drei Neonazis zu Bewährungsstrafen zwischen vier und sechs Monaten verurteilt worden. Zusatzlich müssen sie zwischen 400 und 600 Mark an **amnesty international (ai)** zahlen. Die Verurteilten hatten 1993 in einem Bus antisemitische Äußerungen von sich gegeben.

Treblinka-Wächter

(BeZe 25.11.94)

Ein früherer Wachmann des NS-Vernichtungslagers Treblinka lebt möglicherweise in Darmstadt. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelt gegen einen gebürtigen Litauer, der eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt hat. Dieser lebte mehrere Jahrzehnte bis zu seiner Ausbürgerung in den USA und wurde - auf eigenen Wunsch - nach Deutschland abgeschoben.

Auslieferung

(JW 23.11.94)

Das Auslieferungsverfahren des mutmaßlichen NS-Verbrechers **Erich Piebke** aus Argentinien soll beschleunigt werden. Piebke werden Morde, NS- und Kriegsverbrechen in Deutschland sowie in Italien vorgeworfen.

Althans verurteilt

(JW 16./17.12.94)

Das Münchener Landgericht hat den Neonazi **Bela Ewald Althans** zu 18 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Damit haben die Richter den Antrag der Staatsanwaltschaft, die zweieinhalb Jahre Freiheitsstrafe gefordert hatte, weit untertroffen. Nach neun Tagen Beweisaufnahme sprachen die Richter den 28jährigen der Volksverhetzung, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und der Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen für schuldig. Vom Landgericht München wurde ihm dazu die Verbreitung von Videofilmen, in denen die Ermordung von Millionen JüdInnen in der NS-Zeit geleugnet wird, zur Last gelegt. Diese fand man zusammen mit Raubkopien von Propagandafilmen und Wochenschauen aus der Nazizeit bei dem Angeklagten. Althans habe unter Verletzung des Urheberrechts antijüdische Hetze zu einem zentralen Propagandathema gemacht, so die Anklage.

KurdInnen werden abgeschoben

(Tsp,JW 24/25/26.11.94)

In Magdeburg fand am 24. und 25. November 94 die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern statt. Im Streit um die Abschiebung von KurdInnen und Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien sprachen sich die ***SPD-***

geführten Bundesländer erneut für eine Verlängerung des im Frühjahr von ihnen beschlossenen Abschiebestopps aus - diese Regelung läuft jetzt aus. Die Entscheidung lag nun bei Bundesinnenminister **Manfred Kanther (*CDU*)**; dieser lehnte erwartungsgemäß ab. *"Deutschland ist kein Einwanderungsland, die Asylgesetzgebung wird strikt durchgesetzt. Ohne eine entschlossene Abschiebung entsteht ein neuer Zureisesog, der keinesfalls gewünscht wird."* sagte Kanther am 25. November 94 zum Abschluß der Konferenz. Zuerst sollten Straftäter und Personen, die sich unrechtmäßig in Deutschland aufhalten, abgeschoben werden, dies bekräftigte Bayerns Innenminister **Günther Beckstein (*CDU*)**. Unterdessen haben Serbien und Montenegro allen Bürgern die Rückkehr in die Heimat verboten, die Asyl im Ausland beantragt haben und deren Papiere von den Grenzbeamten nicht als echt anerkannt werden. Diese Maßnahme betrifft etwa 200 000 Flüchtlinge, die vor allem in Deutschland, der Schweiz und in Schweden Asyl ersucht haben. Das kündigte ein Vertreter des Belgrader Außenministeriums an. Zum Auftakt der Innenministerkonferenz forderten nahezu 400 Kosovo-Albaner und Bosnier mit einer Lichterkette ein Bleiberecht für Deserteure und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. In diversen Bundesländern läuft der Abschiebeschutz für KurdInnen aus, was nach Befürchtungen von ***amnesty international (ai)*** eine Welle von Abschiebungen auslösen könne.

Abschiebehäftlinge

(JW 14.12.94)

Folgende Daten über die Anzahl von Abschiebehäftlingen veröffentlichten die Behörden der Länder im September '94:

Land	Anzahl
Baden-Württemberg:	200
Bayern:	500
Berlin:	200
Brandenburg:	60
Bremen:	20
Hamburg:	120
Hessen:	170
Mecklenburg-Vorpommern:	50
Niedersachsen:	200
Nordrhein-Westfalen:	1500
Rheinland-Pfalz:	80
Saarland:	50
Sachsen-Anhalt:	40
Schleswig Holstein:	120
Thüringen:	40

Kritik von Pro Asyl und amnesty

(JW 10.12.94)

Der Flüchtlingsverein ***Pro Asyl*** warf der Bundesregierung Leisetreterei gegenüber Staaten mit schweren Menschenrechtsverletzungen und einen nur noch kosmetischen Schutz für Flüchtlinge vor. Pro Asyl warf außerdem dem Auswärtigen Amt vor, Lageberichte über die Menschenrechtssituation in vielen Ländern zu verharmlosen, was zur Nichtanerkennung bedrohter Flüchtlinge führt. ***Amnesty international*** verlangte von Bonn eine Revision des Asylrechts sowie die jährliche Vorlage eines Menschenrechtsberichts im Bundestag, in dem die Regierung Rechenschaft über ihr Eintreten für Menschenrechte ablegen sollte.

Vorwürfe gegen Polizisten

(Taz, Tsp 24.11.1994)

Amnesty international hat in den vergangenen sechs Monaten zahlreiche Ausländer in Deutschland interviewt, die von Folter und einer grausamen und unmenschlichen Behandlung in deutschem Polizeigewahrsam berichteten. Die Polizei hat auf Anfragen hin unzureichend oder gar nicht reagiert, berichtet amnesty. Weiter steht im Bericht:"Wir haben eine Reihe neuer Anschuldigungen erhalten, daß Polizisten Festgenommene in Gewahrsam gefoltert oder grausam, unmenschlich und degradierend behandelt haben oder nicht angemessen auf rassistisch motivierte Gewalttaten reagierten". In der "Tageszeitung" schrieb dazu ein Polizist:

"Als Polizeibemter belasten mich weniger die Diskussionen zum Thema Polizei und Ausländer, sondern weit mehr, was wirklich abläuft. Allein im Jahre 1994 habe ich mehrfach miterlebt, daß Ausländer von Kollegen grundlos geschlagen und dabei in übelster Weise beleidigt wurden. Besonders taten sich meine Mitstreiter, die ich mir nicht ausgesucht habe, gegenüber Farbigen hervor. Einzelheiten möchte ich mir hier ersparen. Ich habe mir sämtliche Entgleisungen jedoch genauestens notiert, und ich werde dieses Schreiben zu gegebener Zeit ergänzen. In den Nachtdiensten sind die Übergriffe für einige Polizeibeamte, die für das Verhindern von Straftaten bezahlt werden, ein Sport geworden. So deutlich muß ich es auch sagen. Meine Beschwerden, die ich Vorgesetzten vorgetragen habe, wurden belächelt. Die Äußerung "Wolln wohl die Karriere als POM beenden" ist bezeichnend dafür, daß nicht eingegriffen wird. Auch die Beschwerde, die ich einem Beamten, der zum erweiterten Kreis der Polizeiführung zu rechnen ist, vortrug, blieb ohne jegliche Maßnahme. Dieser hohe Dienstgrad redete gar flehentlich auf mich ein, das mit ihm geführte Gespräch zu vergessen. Man wisse überall um diese Vorfälle, doch seien das einfach Zeichen der Zeit, gegen die es kein Mittel gibt. Diese Auskunft schockierte mich und daher teile ich sie mit. Wir wissen es alle, aber sehen auch alle nur zu. Hatten wir das nicht schon einmal?"

Kein Abschiebungsschutz

(BeZe 23.11.94)

Das Bundesverwaltungsgericht hält einen Abschiebungsschutz für vietnamesische Flüchtlinge für unbegründet. Das Gericht hob ein in Baden-Württemberg gefälltes Urteil auf, das sechs Vietnamesen diesen Schutz gewährt hatte. Begründung des Verwaltungsgerichts: *"Repressionen seien in Vietnam nicht nachweisbar"*.

Baden-Württemberg

Prozeß gegen Antifas in Lörrach

(Badische Zeitung 7.,14.,15.12.94)

Am 8. Februar 1992 kam in der Lörracher Innenstadt zu Auseinandersetzungen vor Infotischen der ***Republikaner***. Deshalb standen Anfang Dezember '94 drei AntifaschistInnen vor Gericht. Die Antifaschistin, welche der Nötigung angeklagt ist, bezeichnete die Republikaner als "Scheiß Faschisten", als sie sich über das Plakat "Stoppt die Asylflut" aufregte - nun wird ihr vorgeworfen, daß sie die anderen anfeuerte, als diese kurz nacheinander zwei REP-Stände abräumten. Als ein Republikaner anfing Leute zu fotografieren, fiel er zu Boden. Die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung einigten sich auf eine Geldbuße für zwei der drei Angeklagten, da der dritte Antifaschist am Tag des Vorfalls gar nicht in Lörrach war. Von den den drei REP-Ständen in der Lörracher Fußgängerzone war lediglich einer genehmigt gewesen - was das Gericht aber nicht sonderlich interessierte. Die anwesenden Republikaner aus dem Stuttgarter Raum waren 1992 extra in das "Mitgliederstrukturschwache" Lorrach beordert worden. Am 21. Dezember '94 sollte es zu einer weiteren Verhandlung kommen, bei der Staatsanwalt und Verteidiger ihre Plädoyers halten und der Richter sein Urteil sprechen wird. Leider liegt uns das Ergebnis noch nicht vor.

Jubiläum: 10 Jahre "Irrlicht"

(Baadische Zeitung 9.12.94)

Seit zehn Jahren gibt es das "Wahrzeichen autonomer Kultur" und den "sozio-kulturellen Treff" "Irrlicht" in Schopfheim. Dieser feiert nun nach vielen politischen Kämpfen und Umzügen Jubiläum. Programm mit Kindertheater, Rock- und Punkgruppen sowie Festakt, Party, Kabarett und vielem mehr gehört dazu.

Prozeß gegen Prügelpolizisten

(Badische Zeitung 13.12.94)

Die Staatsanwaltschaft hat die Akten gegen zwei Lörracher Polizisten wieder aufgeschlagen, nachdem das Verfahren gegen sie eingestellt worden war. Grund dafür ist allerdings nur der Widerspruch ihres Opfers. Vor zwei Jahren, am 29. Juni 1992, hatten die beiden Polizisten einen Senegalesen auf dem Bahnhofsplatz in Lörrach ohne erkennbaren Grund auf dem Bahnhof kontrolliert und anschließend zur Feststellung der Personalien mitgenommen. Er folgte zunächst den beiden Polizisten, hatte dann aber Zweifel: Die beiden Männer hatten sich ihm gegenüber nicht ausreichend ausgewiesen und ihr Dienstwagen war für ihn nicht als solcher erkennbar gewesen. Als er in das Auto gezwungen werden sollte rannte er weg und rief um Hilfe. Die beiden Beamten stürzten sich auf ihn und verletzen ihn dabei. Erst ein Jahr nach dem Vorfall hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren der beiden Polizisten gegen den Senegalesen wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt", eingestellt. Die Staatsanwaltschaft erkannte aufgrund der Umstände und der konkreten Vorkomnisse keine Widerstandshandlung. Merkwürdigerweise hat dieselbe Ermittlungsstelle in einem zweiten Verfahren des Sengalesen gegen die Polizisten den damals Kontrollierten wegen Körperverletzung und des "Widerstands gegen die Staatsgewalt" für schuldig befunden. Sie kam zu dem Ergebnis er hätte sich auf einmal tätlich gewehrt. Daher hätten die Beamten korrekt gehandelt und könnten deshalb nicht wegen Körperverletzung belangt werden. Das Opfer, dem bei dem Vorfall Tränengas ins Gesicht gesprüht wurde und dem die beiden Unterarmen verletzt worden war, gab sich hiermit nicht zufrieden. Er legte Widerspruch ein, die Ermittlungen wurden wieder aufgerollt. Sie führten zu einem milden Strafbefehl von 30 Tagessätzen, den die beiden Beamten widerum aber nicht aktzeptieren. Sie haben gegen den Strafbefehl Widerruf eingelegt, so daß es nun, vorraussichtlich im Januar '95, zu einer mündlichen Verhandlung im Gericht kommen soll.

Berlin

FAP im Prenzlberg

(Eigener Bericht)

Am Sonntagabend, 4. Dezember '94 zogen 15-20 AntifaschistInnen durch die Wichert- und Grellstraße im Prenzlauer Berg und klebten Plakate gegen die ***FAP*** im Bezirk. Darauf wurden mehrere Treffpunkte der Neonazis bekanntgemacht, teilweise mit Fotos. Unter anderem waren darauf die Kneipe ***Drunter & Drüber*** in der Wichert- Ecke Dunckerstraße, der Laden ***Harakiri*** in der Grellstr. 1a sowie die FAP-Wohnung in der Grellstr. 46a abgebildet. Unmittelbar nach Beendigung der Aktion, als die meisten Antifas abgezogen waren, kamen Faschisten aus mehreren Richtungen zusammen, anscheinend mobilisiert durch eine Telefonkette. Sie zogen durch die Straßen, um die frisch geklebten Plakate wieder herunterzureißen. Dabei geriet eine der Faschogrüppchen noch an eine Gruppe mehrerer Antifas und wurde von dieser angegriffen, konnte jedoch flüchten. Unmittelbar danach kamen mehrere Polizeiwagen und rasten mit Blaulicht und Sirene durch die Straßen, ohne sich um die Faschisten zu kümmern, die in aller Ruhe die Plakate runterreißen konnten. Zur selben Zeit wurde ein 14jähriger Junge von den Nazis angegriffen und verprügelt, die Polizei griff auch dort nicht ein. Noch am selben Abend wurde der ganze Kiez um die Grellstraße herum von den Nazis zuplakatiert, wieder ohne daß die Polizei eingriff. Die Plakate wurden am folgenden Abend übersprüht. In der Nacht zum 14. Dezember gab es von der FAP eine erneute Plakataktion im Prenzlauer Berg, die jedoch unmittelbar danach entdeckt wurde. Auch diese Plakate konnte gleich danach entfernt werden.

Seifert abgewählt

(BeZe 25.11.94)

Der Bezirksverordnete **Frank Seifert *(Republikaner)*** wurde am 24.11. aus dem Jugendhilfeausschuß abgewählt. Seifert hatte neben rechtsextremistischen Äußerungen auf einer BVV-Sitzung auch einen Journalisten und andere Bezirksverordnete bedroht. Seifert unterhält auch Kontakte zur Berliner Neonazi-Szene, über die wir schon in der #1 berichteten.

Nazi-Treffen aufgelöst

(BeZe, ND, JW 12.12.94)

Etwa 100 Polizisten lösten am Samstag, den 10. Dezember '94 ein Treffen der faschistischen ***Deutschen Nationalisten (DN)*** auf. Am Abend versammelten sich ca. 60 Mitglieder der DN im Lokal Sportklausel (Konrad-Wolf-Straße 70) im Bezirk Hohenschönhausen. Vermutlich wollten die Mitglieder an die am 10.12.92 verbotene ***Deutsche Alternative (DA)*** erinnern. 19 Neonazis wurden vorrübergehend festgenommen und von der Polizei erkennungsdienstlich behandelt. Unter den Anwesenden befand sich der DN-Bundesvorsitzende **Michael Petri.** Zeugen sagten aus, daß auch Jugendliche in Wehmachtsuniformen dabeiwaren. Zeitgleich wurden drei Wohnungen des Berliner DN-Landesvorstandes durchsucht. Unter diesen Wohnugen befand sich auch sicher die Wohnung des Berliner DN-Landesvorsitzenden **Carsten Engelhardt**. Bei diesen Durchsuchungen sollen Waffen, rechtsextremes Propagandamaterial sowie Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sichergestellt worden sein. Es wird vermutet, daß die "Deutschen Nationalisten" eine Nachfolgeorganisation der "Deutschen Alternative" ist. In Berlin war der Neonazi **Arnulf-Winfried Priem** Landesvorsitzender der DA.

REPs sagen Treffen ab

(BeZe 23./26.11.94)

Am Samstag, den 26. November wollten die ***Republikaner*** im Bürgersaal des Rathauses Berlin-Spandau über die Zukunft ihrer Partei debattieren. Nachdem jedoch der Bezirksbürgermeister **Sigurd Hauff** (SPD) - nach einem Beschluß der Bezirksverordneten-Versammlung - den REPs den Raum verweigert hatte, mußten die Republikaner ihr Treffen an einen anderen Ort verlegen. Gründe für die Entscheidung von Hauff waren unter anderem eine angemeldete Gegendemo und Farbbeutel an der Fassade des Gebäudes. Der Bezirksvorsitzende der Spandauer REPs, **Peter Rieger** sprach davon, daß in Zukunft solche Treffen durchgezogen würden. Zum Treffen wurden unter anderem der damalige Bundesvorsitzende **Franz Schönhuber**, dessen Stellvertreter **Hermann Voss** sowie sämtliche Landesvorsitzende der Republikaner erwaret.

Demo gegen REP

(Tsp 11.12.94)

Am Vormittag des 10. Dezember '94 haben rund 100 jugendliche AntifaschistInnen vor dem Rathaus Schöneberg gegen den Landesparteitag der ***Republikaner*** protestiert. Zu der Demonstration aufgerufen hatten die ***ÖTV*** und verschiedene Antifa-Gruppen. Vor dem Rathaus waren zwei Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern und Räumpanzern präsent. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es jedoch nicht. Auf dem Parteitag, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, sollte ein neuer Landesvorstand gewählt werden.

Rechtsradikale in der FDP

(Spiegel 52/94; taz 18.11.94)

Im Stadtteil Reinickendorf treten seit Monaten permanent neue Mitglieder in die ***FDP*** ein. Doch den Bezirksvorsitzenden **Michael Tolksdorf** freut das nicht. Die Neulinge siedelt er "rechts von der CDU" an. Die ehemalige Landesvorsitzende **Carola von Braun,** die als Parteilinke gilt, gerät sogar in Panik: "Etwa 40 bis 50 kurzgeschorene, geschlossen operierende Leute" seien dabei, "im Gleichschritt linksliberale Mehrheiten zu kippen" und die Partei nach rechts zu verformen. "Frenetischer Beifall" ertöne auf Funktionärsver-

sammlungen, wenn von der "schwarz-weiß-roten Fahne", der "Reichskriegsflagge" oder von Preußen die Rede ist, so Braun. Als die Lokalpolitikerin **Ute Spangenberg**, 38, in kleiner FDP-Runde eine Veranstaltung zum "Jahr der Familie" ankündigte, fiel ihr ein Parteifreund ins Wort. Sie solle erstmal ihren "Pflichten als Frau nachkommen und selber Kinder kriegen". Der Bezirksverband Reinickendorf, der noch vor kurzem als "sozialliberale Hochburg" galt, steht nicht allein da: Die Bezirke Tempelhof und Spandau sind bereits fest in rechter Hand.

Der ehemalige Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** hatte Ende Oktober mit einem Positionspapier, in dem er für die "liberale Erneuerung" warb, die rechten Fußtruppen ermuntert. Stahl geißelte den Feminismus als "neue Apartheid" und warnte vor einer "Ökohysterie". Zu ihm gesellten sich der leitende Berliner Polizeibeamte **Manfred Kittlaus** und **Rainer Zitelmann**, einer der Wortführer der Neuen Rechten. Der ehemalige Lektor des ***Ullstein-Verlages***, mittlerweile FDP-Mitglied und ***Welt***-Redakteur, träumt von einer national-konservativen Revolution, für die er Verbündete unter Akademikern sucht. Seither rumort es in der FDP. Siehe dazu auch den Artikel "FDP nach rechts?" im bundesweiten Teil dieser Zeitung.

Carola von Braun mußte Anfang 1994 als Berliner Landesvorsitzende und Fraktionschefin zurücktreten, weil sie private Friseurrechnungen aus der Fraktionskasse bezahlt hatte. Einer ihrer hartnäckigsten Konkurrenten, der nationalliberale Spandauer Bezirkschef und Spezi von Stahl, **Wolfgang Mieczkowski**, geirte kurze Zeit später selbst in Verruf: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen des "Verdachts der Förderung von sexuellen Handlungen mit Minderjährigen". Mieczkowski verfügt über nützliche Kontakte: Erst Mitte Dezember '94 traf sich der Rechtsausleger mit dem FDP-Abtrünnigen **Manfred Brunner**, dem Gründer des rechten ***Bunds freier Bürger***. Für den Aufmarsch durch die Berliner Parteigliederungen macht Braun den Tempelhofer Bezirksvorsitzenden **Klaus Gröbig** verantwortlich. Doch gegen den Vorwurf, die Partei rechtsradikal zu unterwandern, wehrt sich Gröbig inzwischen nicht nur mit Worten. Der Beamte hat gegen Braun ein Parteiordnungsverfahren beantragt. Um den Zwist zu schlichten und die rechten Maulwürfe zu stoppen, will Bundeswirtschaftsminister und Berliner FDP-Vorsitzender **Günter Rexrodt** jetzt "jeden Neueintritt überprüfen". Unterstützung erhalten die rechten Berliner FDP'ler übrigens von keinem Geringeren als **Jörg Haider**, Vorsitzender der rechtsradikalen ***FPÖ*** in Österreich. Er ist über das Berliner Treiben bis ins Detail informiert und rät den Kameraden, sich nicht aus der FDP herausdrängen zu lassen und stattdessen den Parteiapparat für "die Wiedergeburt einer freisinnigen Kraft in Deutschland" zu nutzen.

Anschläge auf Antifas

(Eigener Bericht)

Eine neue Qualität im Kampf gegen Antifas erreichten zwei Anschläge auf Mitglieder der Berliner ***Edelweiß-Piraten***: In der Nacht zum Freitag, den 25. November '94 wurden beim Auto eines Epis die Radmuttern der beiden Vorderräder aufgeschraubt. Glücklicherweise-konnte das Auto noch rechtzeitig stoppen, so daß es zu keinem Unfall kam. Zwei Wochen später, am Donnerstag, den 8. Dezember versuchten Neonazis einen bekannten 16jährigen Edelweiß-Piraten gezielt zu überfahren. Nur durch das beherzte Eingreifen eines Bauarbeiters, der den Jugendlichen noch zur Seite riß, wurde das Unglück verhindert. Die Faschos verabschiedeten sich mit einem Hitlergruß.

Brandstiftung

(Tsp, 20./21.11.94)

Brandstifter haben am Sonnabend, dem 18. November '94 im Keller eines Ausländerwohnheims an der Falkenberger Chaussee Feuer gelegt. Der Brand war gegen 22 Uhr 45 entdeckt worden, der nach Polizeiangaben einige Stunden vorher in einem Versorgungsschacht des Wohnheims in der Gehrenseestraße ausgebrochen war. In allen sechs Etagen des Gebäudes brannte die hölzerne Ummantelung einer Wasserleitung. Das Feuer habe sich rasch ausbreiten können, weil der Versorgungsschacht zwischen den Etagen nicht abgeschottet war, sagte ein Sprecher. Es gab keine Verletzte, weil sich die Bewohner noch vor Eintreffen der Feuerwehr in Sicherheit bringen konnten. Nach Auskunft der Polizei fanden die Löschmannschaften im Keller einen Kanister mit brennbarem Holzschutzmittel, mit dem die Brandstifter das Feuer entfacht hatten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Polizei gegen türkische SchülerInnen

(Taz 26.11.94; Trend)

Am 22. November '94 erlebten die SchülerInnen einer achten Klasse der Hans-Sachs-Schule (2. OH) aus Kreuzberg ein Stück rassistischer Wirklichkeit: Sie hatten sich aufgemacht in der Vorstadt-Hochhaussiedlung Marzahn einen Film über das Therma "Gewalt" zu drehen. Begleitet und betreut wurden sie dabei von ihrer Religionslehrerin, Evelyn Grünberg, 48. Doch aus dem Rollenspiel wurde bald Realität. Sie spielte vor Ort mit den SchülerInnen die einzelnen Szenen durch. Zwei von ihnen übten das Spiel aus Angeberei mit ihren Waffen, einer Gaspistole und einem Messer. Beides wurde von der Lehrerin einkassiert, die die Waffen in ihre Handtasche steckte. Bald holte die Wirklichkeit den Film ein: Hinter dem Zaun einer Schule hatten sich 15-20 rechte Jugendliche versammelt, hoben den Arm zum Hitlergruß und riefen *"Heil Hitler"* und *"Weg mit den Kanaken"*. Eine Provokation, die sich acht der Jugendlichen nicht gefallen ließen. Sie stürmten auf die Gruppe los und schlugen sie in die Flucht. Was von zahlreichen Politikern immer als "Eingreifen" gefordert wird, endete für die ausländischen Jugendlichen mit Festnahmen durch Zivilbeamte der Polizei, für die Kreuzberger Lehrerin mit dem Vorwurf, die Waffen ihrer Schüler zu verstecken und für die Marzahner Jugendlichen mit Freispruch mangels Verfolgung durch die Polizeibeamten. Einen Hitlergruß, hieß es am nächsten Tag aus der Polizeipressestelle, hätten die eingesetzten Beamten nicht gesehen, wohl aber zwei Geräusche gehört, *"die man als Schüsse einstufe"*.

Insgesamt nahmen die Polizei, die mit ca. 15 zivilen und etwa 30 uniformierten Beamten vor Ort war, acht Jugendliche fest, die allesamt keinen deutschen Paß haben. Der Lehrerein wurde nach eigenen Angaben die Handtasche von der Schulter gerissen. Während des Polizeieinsatzes sammelten sich etwa 50 Marzahner Jugendliche vor der Schule, es wurden Parolen gerufen und mehrfach der Arm gehoben - sie wurden von der Polizei nicht behelligt. Stattdessen wurde die Lehrerin und die acht Jugendlichen zur Wache gefahren und dort erkennungsdienstlich behandelt, obwohl einer der Jugs erst 13 Jahre alt ist, was eine ED-Behandlung verbietet. Sämtlichen festgenommenen Jugendlichen wird schwerer Landfriedensbruch sowie illegaler Waffenbesitz vorgeworfen!

Hier eine Chronologie der Ereignisse, die daraufhin folgten, entnommen der GEW-Zeitung Trend:

23.11.94: Der parlamentarische Geschäftsführer der ***CDU***-Fraktion, **Dieter Hapel**, fordert Waffenkontrollen an allen Schulen. Die Kreuzberger Sozialstadträtin **Ingeborg Junge-Reyer** will eine Aufklärung der Marzahner Vorfälle.

24.11.94: Mehrere Boulevardblätter berichten reißerisch über die Vorkomnisse in Marzahn. Die Lehrerin Grünberg gibt den von ihr geforderten Bericht (ohne Teilnehmerliste) über die Vorfälle in Marzahn dem Schulleiter **Heinz Winkler**. Nach dessen Angaben sei der Bericht von der Senatsschulverwaltung angefordert worden.

25.11.94: Kriminalhauptkommissar **Wolfgang Karliczek** vom Kommissariat "Jugend und Gewalt" aus Weißensee vereinbart mit Herrn Winkler die Fortsetzung der Verhöre für Dienstag, den 29. November in der Schule. Der Schulleiter befragt einen Oberstaatsanwalt, ob die geplante Befragung rechtmäßig sei, was dieser bestätigt.

26.11.94: Der Taz ist zu entnehmen, daß Dieter Hapel die Religionslehrerin auffordert, "berufliche Konsequenzen" zu ziehen. Unterdessen hat sie ihrerseits Anzeige gegen die beteiligten Polizisten gestellt und den türki-

schen Elternverein informiert. Die Berliner Ausländerbeauftragte **Barbara John** will sich für Gespräche zwischen den Marzahner und Kreuzberger Jugendlichen einsetzen.

28.11.94: Die ***Polizeigewerkschaft*** imDeutschen Beamtenbund fordert ein Berufsverbot für Frau Grünberg. In der 2. OH wird eine Klassenkonferenz für zwei Schüler angekündigt, die angeblich in Marzahn Waffen dabeihatten. Gegen Mittag findet eine Dienstbesprechung in der Schule statt, aif der Frau Grünberg die Möglichkeit erhält, die Vorfälle aus ihrer Sicht zu schildern. Der Schulleiter weist darauf hin, daß am nächsten Tag Polizei zu ihm käme, um mit ihm zu sprechen. Für den 6. Dezember wird eine Gesamtkonferenz zum Thema Gewalt beschlossen. Im Anschluß an diese Dienstbesprechung verlangt Winkler von der Lehrerin eine Namensliste aller TeilnehmerInnen an ihrem Projekt, weil diese in ihrem Bericht vom 24.11. fehlen.

29.11.94: Kriminalhauptkommissar Karliczek kommt wie mit dem Schulleiter Winkler abgesprochen in die Schule und führt in dessen Amtszimmer die Verhöre und erkennungsdienstliche Behandlung von insgesamt 14 Schülern der 8/1 und 8/2 durch. Winkler ist mit weniger Unterbrechungen bei allen Verhören dabei und zudem behilflich, die Schüler so unauffällig wie möglich einzeln oder zu zweit aus dem Unterricht zu holen. Während der Verhöre führt der Schulleiter ein Telefonat mit dem evangelischen Kirchenamt, worin er mit Verweis auf die Marzahner Vorfälle verlangt, daß Evelyn Grünberg sofort als Religionslehrerin von der Schule abgezogen wird. Als die Verhöre in der Schule bemerkt werden, äußern KollegInnen gegenüber dem Schulleiter rechtliche Bedenken, die er aber zurückweist. Gegen 12.30 Uhr schaltet sich ein weiterer Kollege ein, der die SchülerInnen auffordert, von den Verhören fernzubleiben. Er verlangt vom Schulleiter, den Stadtrat von diesen Vorgängen in Kenntnis zu setzen. Anschließend protestiert er bei der Kripo, die daraufhin die Verhöre abbricht. Desweiteren fordert er den Schulleiter auf, die angekündigte Klassenkonferenz abzusetzen, da sie einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren darstellt. Die Konferenz wird daraufhin abgesetzt.

30.11.94: Volksbildungsstadtrat **Dirk Jordan** schickt dem Polizeipräsidenten **Hagen Saberschinsky** einen Offenen Brief, worin er sich u.a. über die Verhöre in der 2. OH beschwert. Schulleiter Winkler schreibt einen Brief an die Eltern der betroffenen SchülerInnen, in dem er sich für sein "Versehen", diese nicht informiert zu haben, entschuldigt.

1.12.94: An der Hans-Sachs-Schule tagt die Gesamtschülervertretung und erklärt einstimmig ihre Solidarität mit ihren MitschülerInnen und der Lehrerin Evelyn Grünberg. An der Aussprache nimmt auch der Schulleiter teil. Auf Nachfrage erklärt er, daß er am Freitag, den 25.11.94 die Verhöre mit der Kripo abgesprochen habe und auch, daß sonst niemand anderes davon wußte - außer einem Oberstaatsanwalt, den er um Rat gefragt hatte - und daß nur die SchülerInnen verhört wurden, deren Namen er weitergegeben hatte.

2.12.94: Die GEW-Betriebsgruppe der Schule befaßt sich mit den Verhören und beschließt, auf der kommenden Gesamtkonferenz die Tagesordnung zu ändern, damit dieser Vorfall mit dem Schulleiter besprochen und restlos aufgeklärt werden kann.

5.12.94: Im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses erklärt der Polizeipräsident, daß er die Polizeimaßnahmen am 22. November als durch das "Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz" rechtlich abgesichert bezeichnet. Dies schließe auch die erkennungsdienstliche Behandlung 13jähriger ein. Den Vorwurf, bei den Verhören in der Schule seien die Eltern übergangen worden, weist er zurück. Schließlich hätten die Jugendlichen ja seit dem 22. November Zeit gehabt, ihre Eltern zu informieren. Desweiteren teilt er mit, daß nun die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen an sich gezogen habe (laut Presse Oberstaatsanwalt **Carlo Weber**).

6.12.94: Schulleiter Winkler erscheint zuerst zum Dienst und meldet sich später krank. An der um 18 Uhr stattfindenden Gesamtkonferenz nimmt er nicht teil. Im Beisein eines Personalrates diskutieren die KollegInnen die Lage und einzelne stellen fest, daß das Vertrauen in eine kollegiale Zusammenarbeit mit dem Schulleiter nicht mehr bestünde. Die Konferenz wird auf die nächste Woche vertagt und die Teilnahme des Stadtrats gefordert.

7.12.94: Alle beteiligten SchülerInnen haben Vorladungen zu weiteren Verhören in Weißensee für den 8./9. Dezember erhalten. Mittels Telefonketten und persönlicher Gespräche vereinbaren sie, den Verhören fernzubleiben. KollegInnen entwerfen einen Offenen Brief und lassen ihn in der Schule bis zum 12.12.94 zirkulieren.

Seitdem hat sich nichts weiteres ergeben. Die Gewerkschaft GEW allerdings beschloß mehrheitlich, sich hinter Evelyn Grünberg und die betroffenen SchülerInnen zu stellen. Viele Eltern haben sich mittlerweile ebenfalls mit der Lehrerin solidarisiert. Die Elternvertretung untersagte dem Schulleiter schriftlich, weitere Auskünfte im Zusammenhang mit dem Vorfall in Marzahn an die Polizei zu erteilen.

Staatsschutz gegen Edelweiß-Piraten

(Taz 27.12.94)

Geht es um Informationen über die Berliner Antifa-Szene, sind der der Polizei sowie dem Staatsschutz offenbar jedes Mittel recht: Wegen Diebstahls wurde der 13jährige Mathias (alle Namen wurden geändert) Anfang September '94 in die Polizeidienststelle Moabit vorgeladen. Mathias und drei seiner FreundInnen im Alter zwischen 13 und 16 Jahren, größtenteils aktiv bei den antifaschistischen ***Edelweiß-Piraten (EPIs)***, waren wenige Tage zuvor von einer Polizeistreife erwischt worden, als sie versuchten, einen Kaugummiautomaten zu knacken. Bei der Durchsuchung der Wohnungen hatten Polizeibeamte unter anderem abgebrochene Mercedessterne gefunden sowie mehrere Kartons mit Fotos beschlagnahmt. Als Mathias im Beisein seiner Mutter von der Polizei verhört wurde, spielte der Kaugummiautomat nur am Anfang eine Rolle. Später zog der vernehmende Beamte nach Angaben der Mutter plötzlich eine größere Akte hervor und fragte sie, ob sie wisse, daß ihr Sohn Mitglied einer rechtsextremistischen Gruppe namens Edelweiß-Piraten wäre. Wäre es um den Automaten gegangen sagte sie zur Taz, hätte sie der Polizei Auskunft gegeben. Da sie aber gemerkt habe, daß der Beamte die Namen weiterer Edelweiß-Piraten in Erfahrung bringen wollte, habe sie die Aussage verweigert. Daraufhin bekam Mathias dann eine weitere Vorladung, diesmal vom polizeilichen Staatsschutz. Auch die drei anderen Festgenommenen wurden vorgeladen. Da die Beschädigung eines Kaugummiautomaten nach Ansicht von Mathias und seiner Mutter kaum in den Zuständigkeitsbereich des Staatsschutzes gehört, ignorierten beide die Ladung. Ein jugendlicher Edelweißpirat, der mit dem Automaten gar nichts zu tun hatte, war ebenfalls nicht erschienen. Zum Vernehmung hingegangen ist lediglich die 16jährige Ayse - aus Angst um ihren Einbürgerungsantrag. Auf Fragen nach den EPIs machte sie jedoch keine Aussage. Beamte des Staatsschutzes hatten bei den Eltern einiger Jugendlicher Hausbesuche gemacht sowie die LehrerInnen der Betroffenen in den Schulen aufgesucht. Gegenüber der Taz waren die Beamten leider zu keiner Auskunft bereit. Daß es den Staatsschützern nicht nur um die Aufklärung der Sachbeschädigung ging, sondern um Einschüchterung und Kriminalisierung, zeigt der Fall des 14jährigen Thomas. Seinen Eltern gegenüber wurden die Edelweiß-Piraten als linksextremistische Gruppe bezeichnet, die vom Verfassungsschutz als terroristisch eingeschätzt werde. Auch diese Angaben sind falsch, im VS-Bericht werden die EPIs gar nicht aufgeführt. All diese Nachforschungen sind nicht die ersten Aktivitäten der Ermittlungsbehörden gegen die in losen Cliquen zusammengeschlossenen Edelweiß-Piraten: Bereits zu Beginn des Jahres 1994 hatte der Verfassungsschutz vergeblich versucht, den 20jährigen Studenten Peter Z. als Spitzel anzuwerden. Der Grund dafür: Er war zwei Jahre zuvor mit Flugblättern der EPIs gegen rechtsextreme Zeitungen wie die "Nationalzeitung" oder die "Junge Freiheit" in Hohenschönhausen von Zivilbeamten festgenommen worden. Peter Z. ließ jedoch das konspirative Treffen platzen.

Freispruch für Polizisten

(JW 8.12.94)

Herr Dat "hätte eben von Anfang an ein bißchen mehr mitspielen müssen, dann wäre das Ganze auch gar nicht passiert". Mit dieser Begründung sprach das Berliner Amtsgericht am 7. Dezember '94 die Polizisten **Piefke** und **Müller** frei. Ihnen war vorgeworfen worden, Im Rahmen einer Razzia wegen des Verkaufs von unverzollten Zigaretten den Vietnamesen **Phan Dat** geschlagen zu haben. Daß das Berliner Gericht auf Freispruch entscheiden würde, stand spätestens nach dem Plädoyer des eigentlich mit der Anklage befaßten Staatsanwalts **Eggebrecht** fest. Seine abschließenden Bemerkungen glichen über weite Strecken denen der Verteidigung der beiden Polizisten. Letztendlich könne er weder den Aussagen der Polizeibeamten in Gänze, aber auch nicht den Aussagen des Hauptzeugen und Geschädigten Phan Dat glauben. So müsse er auf Freispruch aus Mangel an Beweisen plädieren, da er den Grundsatz "im Zweifel für den Angeklagten" nicht verletzen wolle. Daß gerade Eggebrecht während des gesamten Prozesses nur dann aktiv wurde, wenn es galt, Belastungszeugen unter Druck zu setzen oder ihre Aussagen bis ins feinste Detail zu zerlegen, gab einen Vorgeschmack darauf, wie die Berliner Staatsanwaltschaft auch in den noch folgenden Prozessen gegen Polizisten agieren wird. So war das Feld für den Polizisten-Verteidiger **Hentschke** frei. Dieser konnte sich nach soviel Verständnis seitens der Anklage sogar dazu versteigen, von einer "vietnamesischen Lügenmafia" zu sprechen, die während des Prozesses versucht hätte, seine Mandanten, "unbescholtene Bürger", die doch nichts als ihre Pflicht getan hätten, anzufeinden. Sämtliche vietnamesische Zeugen hätten nichts zur Wahrheitsfindung beigetragen, deshalb beantrage er "Freispruch wegen erwiesener Unschuld". Der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt **Ratzmann**, wurde so zum eigentlichen Ankläger. Er warf sowohl dem Richter als auch der Staatsanwaltschaft vor, sowohl im Vorfeld als auch während des Prozesses keine sorgfältige Ermittlungsarbeit geleistet zu haben. Kennzeichnend für das Verfahren seien zu späte Ladungen der vietnamesischen Zeugen sowie mangelnde Vorbereitung des Richters gewesen: Ortstermine oder richterliche Vorvernehmungen, wie sie z.B. in ähnlichen Fällen in Brandenburg üblich sind, hätten nicht stattgefunden. Wesentlich war jedoch laut Ratzmann, daß "der in diesem Hause hochgehaltene Grundsatz in dubio pro reo" immer nur dann angewendet würde, wenn es sich bei den Angeklagten um Polizisten handele. Die weitverbreitete Neigung, daran zu glauben, daß Polizisten prinzipiell die Wahrheit sagen, habe letztendlich zu diesem Verhandlungsverlauf geführt. Ratzmann verwies als einziger auf vorhandene Widersprüche in den Aussage der Angeklagten und plädierte deshalb dafür, die Polizisten wegen Körperverletzung im Amt zu verurteilen. Nach dem Freispruch gab der Richter dann noch einige Ratschläge an das Opfer der Polizei: Wer vor einem von Vietnamesen bewohnten Heim *"im Kofferraum seines Autos wühle, sei eben verdächtig"*.

Der Polizei ausgeliefert

(JW 24.11.94)

Zu den gewalttätigen Übergriffen Berliner Polizisten hat die Polizei jetzt erstmalig Fehler eingeräumt. Polizeidirektor **Gernot Piestert** räumte am 23. November '94 ein: "Ich glaube wirklich, daß man sich hier an Menschen vergreift, die - in dem Moment, in dem sie bei der Polizei sind - schwach sind." Festgenommene die sich nicht wehren könnten, seien der Polizei ausgeliefert.

Geldstrafe wegen REP

(Tsp 9.12.94)

Zu Geldstrafen von 600 bzw. 900 DM hat das Amtsgericht Tiergarten am 8. Dezember '94 zwei Berliner Antifaschisten verurteilt. Ihnen wurde "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" und "versuchte Gefangenenbefreiung" vorgeworfen. Die beiden Antifas wurden im April '94 bei einer Aktion gegen die rechtsradikalen ***Republikaner*** festgenommen. Dort verteilten Mitglieder und FreundInnen der ***Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM)*** Flugblätter gegen einen Wahlwerbestand der REPs vor der Arminius-Markthalle und stießen dabei auf Sympathie und Unterstützung der PassantInnen. Der REP-Abgeordnete **Frank Seifert** ließ die beiden Antifas daraufhin von der Polizei festnehmen. Er hatte sie gleich vor Ort wegen Verleumdung und Beleidigung angezeigt. Eine Anzeige gegen Seifert wegen den Äußerungen *"Heil Hitler"* und *"Euch bringe ich um, ihr Juden"* nahm die Polizei nicht auf, obwohl sie von mehreren PassantInnen darauf aufmerksam gemacht wurde. Eine Polizistin äußerte dazui später, daß sie *"es nicht weiß, ob solche Äußerungen strafbar sind"*.

Prügelnder Busfahrer

(JW 18.11.94)

Am 17. November begann der Prozeß gegen einen BVG-Beamten der Heiligabend 1992 einen iranischen Studenten beschimpft und geschlagen hat. Was der BVG'ler bestreitet - er wäre angegriffen worden. Eine Zeugin dagegen bestätigt, daß der Iraner "regelrecht verprügelt" und mit den Kopf gegen die Scheibe des Busses gestoßen wurde. Die Richterin Erika Garske-Ridder hielt es für "völlig unwahrscheinlich", daß der Busfahrer,"der weder Rechter noch Skin ist", den Iraner grundlos verprügelte. Auch die Aussage einer Sekretärin (47) hielt die Richterin für unglaubhaft. Anders die Beurteilung eines Amtsrichter im Prozeß gegen zwei Polizisten. Er befand die Beamten für schuldig, nach dem Vorfall im Bus den Iraner gleich nochmal mißhandelt zu haben. Der Richter gründete seine Verurteilung auf die Aussagen der Sekretärin - sie sei absolut glaubwürdig. Beide Fälle werden voraussichtlich in die nächste Instanz gehen.

Migrantinnen benachteiligt

(BeZe 19.11.94)

Auch in der zweiten und dritten Generation sind ausländische Frauen immer noch im Arbeitsmarkt schlecht integriert, wie eine Fachtagung der Berliner Senatsverwaltung zum Thema Migrantinnen am 18. November '94 bilanzierte. Als Folge davon seien sie im Alter und bei Gesundheitsproblemen schlecht versorgt. Rund 186.000 Migrantinnen leben dauerhaft in der Stadt.

Jugendlicher niedergestochen

(taz 9.12.94)

Ein 17jähriger bosnischer Jugendlicher ist am 8. Dezember '94 Opfer eines ausländerfeindlichen Angriffs geworden. Ein Rechtsextremist hatte den Bosnier und dessen Bruder rassistisch angemacht und ihn dann ein Messer in die Brust gestoßen. Der Vorfall ereignete sich in der Baumschulenstraße im Bezirk Treptow.

Schwarze angegriffen

(BeZe, Tsp 6.12.94)

Zwei schwarzafrikanische Männer sind am Morgen des 27. November '94 auf dem ostberliner S-Bahnhof Marzahn von Unbekannten angegriffen worden. Die Opfer verteidigten sich mit einem Stativ, trotzdem konnten die drei Täter einen der Schwarzen verletzen und danach fliehen.

Nazi-Landkarte im Dienstzimmer

(BeZe 22.11.94)

Der 62jährige Leiter des Steglitzer Veterinäramtes hatte in seinem Dienstzimmer eine Schreibtischunterlage und eine Schulwandkarte von Deutschland in den Grenzen von 1937, sie zeigt Deutschland mit den nach dem 2. Weltkrieg an Polen abgetretenen Gebieten. Die Karte nahm er nach Anweisung im September ab. Nun gibt es zwischen dem Personalchef, dem Steglitzer Bürgermeister u.a. Uneinigkeiten über die Neutralitätspflicht von Beamten.

Demo gegen Terror

(taz 28.11.94)

Rund 250 Menschen haben sich am 26. November '94, trotz Regen, an einer Demon-

stration unter dem Motto "Stoppt den rassistischen Terror" beteiligt. Zu dem Protestmarsch vom Adenauer- zum Wittenbergplatz hatte der ***Afrika-Rat*** aufgerufen.

Antifaschistischer Weihnachtsbummel

(Tsp, ND, BeZe 12.12.94)

Zu Auseinandersetzungen zwischen mehreren Dutzend Antifas und etwa 70 rechten Jugendlichen ist es am 10. Dezember '94 im Bezirk Marzahn gekommen. Die Antifa-Gruppe ***Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)*** hatte zu einem "antifaschistischen Weihnachtsmarktbummel" aufgerufen. Die Polizei nahm mehrere Jugendliche fest.

Aktionen zu Gewalt gegen Schwule

(Tsp 21.11.94)

Zu den Opfern von Gewalttaten gehören immer öfter auch Schwule. Gesellschaftliche Vorurteile gegen Schwule und Lesben möchte das Projekt ***Lambda Berlin*** durch seine Aufklärungsarbeit unter anderem mithilfe von Vorträgen in Schulen widerlegen. Weitere Informationen unter der Telefonnummer: 030 / 280 72 36

Postkarten gegen rechts

(Tsp 22.11.94)

Unter dem Motto "Verständigung gegen Gewalt" stellten Berliner Studenten ihre Ergebnisse aus einem Postkarten-Gestaltungswettbewerb in Berlin aus. Der Veranstalter, ein Zusammenschluß von Unternehmen gegen Gewalt von Rechts, wird dafür sorgen, daß die Gewinnermotive noch in diesem Jahr rund 170.000 mal in Kneipen, Hotels und Kinos im ganzen Bundesgebiet verteilt werden.

Mahnwache wegen Silvio

(Tsp, BeZe 22.11.94, JW 23.11.94)

Zu einer Mahnwache in Friedrichshain aus Anlaß des zweiten Todestages von **Silvio Meier** versammelten sich am Montag, den 21. November '94, rund 200 Leute zu einer Demonstration. Zuvor gab es eine Mahnwache auf dem U-Bahnhof Samariterstraße, auf dem der Berliner Hausbesetzer vor zwei Jahren von Rechtsradikalen erstochen wurde. Aus der Demonstration heraus entwickelten sich Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei.

Rote Kappelle geehrt

(BeZe 22.11.94)

Der Verein "Berliner Brücken" hat am Sonntag, den 20. November '94 am Treuhandgbäude in Berlin-Mitte eine Tafel anbringen lassen. Sie erinnert an die Widerstandkämpfer **Harro** und **Libertas Schulze-Boysen**. Der 20.November war der 81. Todestag von Libertas Schulze-Boysen, der als Mitglied der Widerstandsgruppe ***Rote Kapelle*** am 22.12.1942 hingerichtet wurde. Eine bereits im Oktober 1993 angebrachte Tafel wurde entwendet.

Mahnmal eingeweiht

(BeZe 5.12.94)

Ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des einzigen Berliner Konzentrationslagers ist am Samstag, den 3. Dezember '94 eingeweiht worden. In diesem KZ wurden mehr als 8.000 politische Häftlinge gefoltert und ermordet. Das Haus stand am Columbiadamm in Tempelhof, zu den Inhaftierten gehörten neben vielen Unbekannten auch Menschen wie **Werner Seelenbinder** und **Friedrich Ebert (jr)**. Zur Einweihung waren auch ehemalige Gefangene anwesend die zum Teil den späten Zeitpunkt der Einrichtung des Mahnmals

Brandenburg

Nazi-Skins vor Gericht

(JW, Tsp, BeZe 22.11.94)

Seit dem 21. November 1994 müssen sich vor dem Potsdamer Landesgericht zehn 20- bis 25jährige Nazi-Skins wegen schweren Landfriedensbruchs verantworten. Die teilweise geständigen Täter sind am 17. Oktober 1993 an Überfällen auf zwei Diskotheken (Kreis Potsdam-Mittelmark) beteiligt gewesen. Bei den Ausschreitungen an denen 20 bis 30 weitere Nazi-Schläger beteiligt waren, wurden fünf Menschen teilweise erheblich verletzt. Die Täter hatten in beiden Diskotheken mit Baseballschlägern, Axtstielen, Eisenstangen, Gasdruckschlagstöcken und Stahlruten auf Personal und Gäste eingeschlagen. Teile des Inventars wurden zertrümmert, Spielautomaten und Getränkevorräte wurden geplündert, selbst unbeteiligte geparkte Autos sind zertrümmert worden.

Jugendstrafen für Brandanschlag

(Tsp, 22.11.94)

Im Prozeß um den Brandanschlag gegen fünf junge Faschos auf ein Flüchtlingsheim in Neubrandenburg sind am Montag vier Jugendstrafen von bis zu zwei Jahren verhängt worden. Das Landgericht verurteilte außerdem einen erwachsenen Angeklagten zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft ohne Bewährung. Das Gericht sah die Tatbestände des schweren Landfriedenbruchs, der schweren Brandstiftung und der vorsätzlichen Körperverletzung als erwiesen an. Die Anklagen wegen versuchten Mordes und Verstoßes gegen das Waffengesetz wurden dagegen fallengelassen. Die Verurteilten hatten sich im August 1992 am Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Neubrandenburg beteiligt.

Erneut Flüchtlinge ertrunken

(Tsp 22./30.11.94)

Zwei männliche Wasserleichen sind am 19. und 28. November '94 in der Neiße gefunden worden. Die zwei Männer waren wahrscheinlich Flüchtlinge, die versucht hatten, über den Grenzfluß nach Deutschland zu kommen. Ihre Körper wurden nahe Forst gefunden. Seit März sind somit schon mindestens 18 Menschen auf der Flucht nach Deutschland ertrunken (siehe auch #1).

Nazis agieren heute subversiver

(Taz 19.12.94)

Interview mit Bernd Wagner, der bis vor drei Jahren für den Staatsschutz Organisationsstrukturen und Ideologien rechte Netzwerke in Ostdeutschland untersuchte. Heute arbeitet er für das mobile Beratungsteam der Brandenburger Ausländerbeauftragten im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Frage: Die Jugendlichen, die sich das Berliner und Brandenburger S-Bahn-Netz zu eigen machen wollen und Passagiere tyrannisieren, so erklären übereinstimmend Sozialarbeiter wie Politiker und Sicherheitskreise, hätten keinen Kontakt zu rechtsextremen Organisationen. Ihre Gruppen seien spontane Zusammenschlüsse ohne politischen Hintergrund. Heißt das, daß rechtsextreme Organisationen hier kaum noch Einfluß auf gewaltbereite Jugendliche haben?

Wagner: In beiden Bundesländern sind die Organisationen nach wie vor sehr aktiv, handeln aber mehr im Verborgenen. Die Organisationsformen haben sich geändert. Neben den legalen rechtsextremen Parteien gibt es eine ganze Reihe von konspirativ arbeitenden Kaderorganisationen. In vielen Orten werden große Teile der Jugendszene von diesen Kadern beeinflußt. Dabei reichen manchmal zwei oder drei Leute, die einen Schweif von dreißig bis vierzig Jugendlichen hinter sich herziehen oder gar mehr. Viele wissen gar nicht, mit wem sie es zu tun haben. Ein neuer Trend ist es, "autonome Kameradschaften" zu schaffen. Die Kader schaffen es, die kulturelle und ideologische Meinung der Gesamt-Szene zu prägen. Für einige Brandenburger Städte wie z.B. Schwedt wissen wir, daß nur etwa fünf Kader hinter einem starken Potential rechter Gewalt steht.

Wer sind diese Kader?
Die "inner circles" sind personell streng definiert und bestehen nur aus bewährten Kameraden. Bewährt heißt, daß die Leute sich durch den permanenten Krieg gegen den Staat profiliert haben, Haftzeiten hinter sich haben, möglicherweise schon mal Gewaltakte organisiert haben. Wichtig ist, die kämpferische Karriere im Sinne des Neonazismus.
Um welche Organisationen handelt es sich dabei?
Im wesentlichen um konspirative Zellen der verbotenen Deutschen Alternative (DA) oder Nationalistischen Front (NF) oder deren legalen Arm, die Sozialrevolitionäre Arbeiterfront (SrA) mit Andreas Pohl als führendem Kopf. ÿAußerdem die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), die nicht so streng kadermäßig ist. Die Führer der verschiedenen Organisationen treffen sich regelmäßig, unter anderem in sogenannten "Führer-Things" der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front. Dort werden taktische Entscheidungen getroffen, die in den Kameradschaften umgesetzt werden.
Gibt es seit dem Ausstieg von Ingo Hasselbach neue Integrationsfiguren?
In Berlin ist neben Andreas Pohl nach wie vor der ehemalige DA-Landesvorsitzende Winfried Priem ein Ansprechpartner. Auch einige andere der alten Garde sind weiterhin dabei. Ansonsten gibt es auch neue Leute, die bisher fast nur in der Szene bekannt sind.
Staats- und Verfassungsschützer scheinen sich sicher, daß rechtsextreme Organisationen in Berlin und Brandenburg keinen ernsthaften Rückhalt mehr haben.
Durch die Organisationsverbote sind bestimmte Strukturen arg behindert worden. Manche der "Führer" sind im Gefängnis. Seit langem hat die rechte Szene auch ihre Aktivitäten umgelenkt und agiert jetzt subversiver: Ihre Führer konzentrieren sich auf das Implementieren rechtsextremistischer Ideologien und Verhaltensmuster bei Jugendlichen. Dabei werden verschiedene Jugendkulturen genutzt und instrumentalisiert. Was einmal bei Skins und Hooligans angefangen hat, ist mittlerweile bis in die Techno-Szene vorgedrungen. In Brandenburg gibt es Techno-Clubs in denen Kader der SrA oder der FAP das Feld beherrschen. Sie sammeln Fans, rekrutieren Mitglieder und Sympathisanten, organisieren Kontakte, bieten Materialien an, verbreiten Fanzines, T-Shirts.
Sind diese Szenen nicht lokal begrenzt?
Es gibt lokal verortete Gruppen, in Ostberlin, Bernau, Eberswalde, Schwedt, eigentlich in jedem Ort. Diese stehen aber überregional in regem Kontakt. Es finden Besuche und Treffen statt.
Wie kommt es, daß dies so unauffällig geschehen kann?
Unter anderem wegen der verstärkten Repression ist die Szene heterogener geworden. Anfang der 90er konnte man zum Beispiel in Lichtenberg rund um das damalige NA-Hauptquartier in der Weitlingstraße Rechtsextreme von weitem erkennen. Inzwischen gibt es unter Rechtsextremen auch Heavy-Metal-Anhänger, Stinknormale oder Techno-Fans, Nazi-Oi-Musik-Anhänger, Popfans. Für Außenstehende sind Rechtsextreme und deren Vernetzung kaum zu erkennen. Auch nicht alle Sozialarbeiter blicken durch. Der Verfassungsschutz, der von draußen guckt, sieht die Hierarchie und Kontakte sehr selten.
Mit Fanzines, Musik und Material werden politische Ideen implementiert...
...rechtsextreme Ideen. Ganz wichtig dabei ist der Rassismus. Dieser kann ganz platt als Arier-Kult rüberkommen. Andere thematisieren stärker das Germanentum. Aus diesen Ideen werden bevölkerungspolitische Vorstellungen entwickelt, der Überfremdungswahn etc. Aggregiert produzieren diese Symbole und Versatzstücke Feindbilder, sie teilen die Welt in "werte" und "unwerte" Menschen. Nach dem Motto "Der Feind steht immer und überall" reagiert die Szene hochalarmiert auf alles, was anders ist. Jemand, der in ihren Augen "Kanake", eine "Zecke" oder "Assel" ist, hat keine Chance, in deren Clubs reinzukommen oder in der leeren S-Bahn zu sitzen...
...ohne zusammengeschlagen zu werden?
Viele Jugendliche haben diese Feindbilder gleichsam physiologisiert, vor allem wenn sie in Gruppen sind. Das ist wie mit dem pawlowschen Speichelflußreflex. In den Augen der Polizei erscheint Gewalt, von der nur ein Bruchteil bekannt wird, oft spontan. Das ist sie aber nicht, weil sie vor dem Hintergrund konstruierter Feindbilder abläuft.
Polizei und Sozialwissenschaftler sehen auch ziellose Gewalt, die sich nicht gegen markierte Gruppen richtet.
Wenn man sich die Opfer genau anguckt, tragen sie immer irgendwelche Attribute. Als der Fall der Frau bekannt wurde, die angeblich in Potsdam aus der Straßenbahn geworfen wurde, hab' ich gesagt, wenn das stimmt, ist das ein völlig neuer Tätertyp. Die durchschnittliche deutsche Frau wird nicht angegriffen. Tatsächlich entpuppte sich das ja als erfunden. Nun gibt es auch erfundene Täter. Ein 18jähriger Brandenburger hat vier Wochen lang behauptet, den Ghanaer Martin A. aus der fahrenden S-Bahn gestoßen zu haben. Ein psychiatrisches Gutachten hat sein Geständnis widerlegt.
Es kann vorkommen, daß es falsche Täter gibt. In der Szene ist man der Größte, wenn man so ein Ding gemacht hat. Ich habe mit Leuten geredet, die sehr stolz darauf waren, daß einer aus ihrer Gruppe einen Alkoholiker totgeschlagen hat. Auch das psychiatrische Gutachten ist nicht erstaunlich. Es gibt keine exakte Untersuchung, aber ich würde mal tippen, daß Psychopaten in der Szene häufiger sind woanders. Das Bild der "dummen Neonazis" stimmt allerdings nicht. Von den Kadern wird knallhart kalkuliert. Die Strategie der kulturellen Verankerung ist eine sehr durchdachte Reaktion auf die Repression gegen offen agierender Gruppen. Auch das Image der Gewalt gegen Ausländer in der Bevölkerung wird bedacht. Aus der Geschichte der RAF haben sie gelernt, daß sie einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung brauchen. Noch Rostock wurden beispielsweise Rundbriefe verschickt, daß die Akzeptanz der Gewalt gegen Ausländer in der Bevölkerung erschöpft sei. Nach ihrem Eskalationsmodell von Revolutionen versuchen die Kader im Moment, Unzufriedenheit zu schüren und bei Konflikten präsent zu sein. Jugendliche bieten sich als Zielgruppe natürlich besonders an.

Urteil wegen sexueller Mißhandlung

(Tsp, BeZe 2.12.94)

Ein Mitarbeiter des Biesenthaler Ordnungsamtes ist am 1.12.94 zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Der vorsitzende Richter Paul Piira sah es als erwiesen an, daß der 29jährige ehemalige Bürgermeister von Melchow, **Ingolf Sigurd S.**, in zwei Fällen jeweils einen Vietnamesen zu sexuellen Handlungen gezwungen hat. Der Fall wurde im Juni dieses Jahres im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Bernauer Polizeibeamten, die weitere Vietnamesen mißhandelt haben sollen, bekannt. Der 38jährige Nguyen van D. und der 32-jährige Nguyen van N. wurden unter Androhung von Verhaftung und Abschiebung von S. sexuell mißhandelt. Beide Male gab er sich als Polizist aus, um die Opfer einzuschüchtern, was strafverschärfend wirkte.

Hakenkreuzfahnen

(BeZe 8.12.94)

Am Dienstagabend, den 6. Dezember '94 hat die Polizei in Potsdam nach einem Anruf einen gestohlenen Wagen mit einer Hakenkreuzfahne sichergestellt. Zwei Oranienburger im Alter von 19 und 20 Jahren wurden festgenommen. Das Fahrzeug soll in Meklenburg-Vorpommern gestohlen worden sein. Außerdem fanden sich in dem Wagen noch ein Block für die Ausstellung von Ordnungswidrigkeiten der Berliner Polizei und ein Anhaltestab der früheren DDR-Polizei. Die Ermittlungen dauern an.

Zoff in Perleberg

(BeZe, Bild 12.12.94)

Etwa 20 rechtsextreme Jugendliche randalierten am Samstag, den 10. Dezember '94 in Perleberg. Nachts warfen sie mit Steinen und Flaschen elf Fensterscheiben eines Alternativen-Wohnhauses ein. Am nächsten Tag gab es von etwa 15 linken Jugendlichen eine Gegenaktion auf dem Weihnachtsmarkt, als die Präsenz einiger Faschisten verhindert werden sollte. Die Polizei nahm mehrere Antifas fest.



Keine Anklage gegen Polizisten

(Tsp 8.12.94)

Am 26. November 1990 wurde der Angolaner **Amadeu Antonio** in Eberswalde von einer Meute Faschisten auf offener Straße und unter den Augen einer zivilen Polizeistreife ermordet. Das Oberlandesgericht in der Stadt Brandenburg beschloß jetzt, daß die drei Beamten, die der Hetzjagd und dem folgenden Mord tatenlos zusahen, nicht angeklagt werden. Die Ausländerbeauftragte **Allmuth Berger** sprach daraufhin von einem Skandal. Das OLG Brandenburg hatte die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen die Beamten abgelehnt und damit eine gleichlautende Entscheidung des Landgerichts Frankfurt/Oder vom Mai '94 bestätigt (AktZchn 2 WS 98/94). In der Begründung seiner Entscheidung führte der 2. Strafsenat des OLG aus, daß sich die drei Polizeibeamten nach dem Stand der Ermittlungen nicht unmittelbar am Tatort befunden hätten. Sie seien ohne Funkgeräte als Beobachtungsposten für an dem Tag befürchtete rechtsradikale Ausschreitungen eingesetzt gewesen und hätten sich in der Pförtnerloge einer Fabrik aufgehalten, um telefonisch Kontakt mit ihrer Leitstelle halten zu können. Der Überfall auf den Angolaner hätte sich innerhalb kürzester Zeit abgespielt. Es lasse sich nicht feststellen, daß für die Beamten die Möglichkeit bestanden habe, das Opfer noch zu schützen. Einer der Beamten habe sofort versucht, die Polizeileitstelle zu erreichen. Die beiden anderen Polizisten hätten versucht, auf die Straße zu gelangen, sie seien aber aufgehalten worden, weil die Tür verschlossen gewesen sei. Bevor die Beamten den Tatort erreicht hätten, habe sich "die Menschenmenge" aufgelöst. Zurückgeblieben sei der schwerverletzt am Boden liegende Afrikaner. Der Strafsenat sah diesen Ablauf als um so weniger widerlegbar an, als nach der Tat inzwischen mehr als vier Jahre vergangen sind.

Inzwischen wurden einige der Täter gefaßt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Für den Berliner Rechtsanwalt Roland Reimann, der bei dem Prozeß gegen die Mörder die Nebenklage den Sohn Antonios vertreten hatte, "bleibt der böse Verdacht, wenn es um Straftaten gegen Polizisten geht, wird nicht mit dem nötigen Nachdruck ermittelt". Laut Reimann soll zudem ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen 21 Neonazis wegen des Verdachts auf Beteiligung an der Ermordung Antonios oder zumindest auf schweren Landfriedensbruch eingestellt werden. Die Staatsanwaltschaft habe ihn wissen lassen, nach vier Jahren sei nicht mehr nachzuweisen, "wer wann wie nah dran war".

Faschos in Hennigsdorf

(BeZe 17.12.94)

Bei der Beerdigung von **Jens Stumpf**, einen 28jähriger Rechtextremist aus Hennigsdorf am 15. Dezember 1994 hat die Polizei bereits vor der Beerdigung in Hennigsdorf 20 bewaffnete Rechtsradikale festgenommen, welche größtenteils aus Berlin angereist kamen. Jens Stumpf ist am 5. Dezember mutmaßlich von seiner Exfreundin erstochen worden.

Bayern

NS-Filme erlaubt

(taz 4.11.94)

Das Vertreiben von NS-Propagandafilmen ist laut der Nürnberger Staatsanwaltschaft erlaubt. Der Handel mit Videokopien von *"Der ewige Jude"*, *"Jud Süß"* oder dem Reichsparteitagsfilm ist also nicht verboten. Die Staatsanwalt begründet dieses Urteil, mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes. Danach kann das vor Inkrafttreten des Grundgesetz entstandene NS-Filmmaterial sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung der BRD richten, weil diese damals noch nicht bestand.

Waffen bei Neonazis

(JW 25.11.94)

Das LKA hat in Bayern und Hessen einen schweren Schlag gegen Waffenhändler gelandet. Am 17. November wurden 27 Wohnungen durchsucht und dabei mehr als 200 Waffen entdeckt. Handgranaten, Plastiksprengstoff und 22 Kisten Munition wurden sichergestellt. Ebenso wurden Hitler-Büsten, Bilder, Reichskriegsflaggen und rechtsradikale Schriften sichergestellt.

Sonnenwend-Feier

(BeZe 19.12.94)

In Marzling (Landkreis Freising) wollten rund 160 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet eine Sonnenwend-Feier durchführen. Ein massives Polizeiaufgebot hinderte die Nazis daran, durch den Ort zu einer Waldlichtung zu ziehen, wo bereits für ein Feuer ein 3 Meter hoher Holzstoß errichtet worden war.

Polizeiprügel genehmigt

(JW 28.11.94)

Die Staatsanwaltschaft Würzburg hat die Ermittlungen gegen vier Polizeibeamte eingestellt, die bei einer Kundgebung der ***NPD*** am 30. Juli '94 im bayrischen Karlstadt einen Pressefotografen zu Boden gerissen und dessen Kamera beschlagnahmt hatten. Anschließend hatte einer der Polizisten den Film aus der Kamera genommen und so die Aufnahmen unbrauchbar gemacht. Zwar hätte, so heißt es in einer Erklärung der Behörde am Donnerstag, kein berechtigter Anlaß für die Wegnahme von Film und Kamera bestanden, nach den Ermittlungen sei aber davon auszugehen, daß die Beamten ihr Vorgehen für rechtlich zulässig hielten.

"Kühnen-Gruß"

(BeZe, 18.11.94)

Zu einer Bewährungsstrafe von sieben Monaten hat das Nürnberger Amtsgericht einen 23jährigen Nazi wegen des "Kühnen"Grußes" in der Öffentlichkeit verurteilt. Das Gericht sah durch diesen Gruß des Elektrikers auf einer SPD-Veranstaltung - ausgestreckter Arm mit drei auseinandergespreizten Fingern - den Straftatbestand der Verwendung eines Kennzeichens einer verfassungswidrigen Organisation als erfüllt an.

Hamburg

Brandanschlag

(taz, 10.11.94)

Mit einer Bierdose voller Benzin haben Unbekannte in der Nacht zum Mittwoch einen Brandanschlag auf eine Unterkunft von bosnischen Flüchtlingen in Hamburg verübt. "Die Dose wurde durch die geöffnete Eingangstür der Pension im Stadtteil St. Georg geworfen", erklärte ein Polizeisprecher. Ein Bewohner beobachtete den Anschlag und konnte das Feuer sofort löschen. Niemand wurde verletzt.

Polizistenfilz geht weiter

(taz, 24.11.94)

Hamburgs Polizeiskandal nimmt kein Ende: Jetzt wird die Abteilung PS 3, bei der die Ermittlungen gegen Polizisten geführt werden, verdächtigt, Beweismaterial eines laufenden Ermittlungsverfahrens vernichtet zu haben. Am 30. Mai war der Hamburger Journalist Oliver Neß bei einer Demonstration gegen den österreichischen Rechtsausleger Jörg Haider ohne erkennbaren Grund von Zivilbeamten zu Boden geschlagen worden. Dann war ihm ein Fuß derart verdreht worden, daß er einen doppelten Bänderriß erlitt. Ein Übergriff, den die Menschenrechtsorganisation amnesty international in ihrem jüngsten Bericht als "Folter" bezeichnete. Ein Blick in die entsprechende Ermittlungsakte offenbarte den Anwälten von Neß nun, daß wichtige Beweismittel vernichtet wurden. So hatte ein Beamter ausgesagt, er habe den ganzen Polizeieinsatz gefilmt. Auf dem Video fehlen inzwischen jedoch genau die sechs Minuten nach dem Angriff auf Neß. Sie wurden offensichtlich bei der Polizei gelöscht. Dasselbe geschah mit den Aufzeichnungen des Polizeifunks vom 30. Mai. Zudem hatte die Polizeiführung behauptet, es existiere nur ein Polizeivideo über den Einatz.Pech: Presse-Filmaufnahmen dokumentieren deutlich, daß auch ein zweiter Film existieren muß. Der fehlt bis heute in der Ermittlungsakte. Diese Manipulationen konnte schließlich auch die Hamburger Staatsanwaltschaft nicht ignorieren, sie leitete Ermittlungen wegen Unterdrückung von Beweismitteln ein. Auch Hamburgs Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD), Nachfolger des wegen Polizeiskandals zuruckgetretenen Werner Hackmann, räumte gegenüber der taz Hamburg ein, die Polizei habe schlampig gearbeitet. Diskriminierendes Verhalten von Polizeibeamten beklagten gestern auch Vertreter afrikanischer Organisationenen in Berlin. Viele rassistische Angriffe würden deshalb von Betroffenen erst gar nicht zur Anzeige gebracht.

Hessen

Verbesserung des Ausländerrechts verlangt

(Tsp 21.11.94)

Die von der Bonner Koalition geplante Reform des Ausländerrechts ist laut einigen Politikern noch ungenügend. Die beiden Ausländerbeauftragten **Cornelia Schmalz-Jacobsen** und **Barbara Johns,** sowie **Ignatz Bubis** halten das Vorhaben, in Deutschland geborene ausländische Kinder eine begrenzte "Staatszugehörigkeit" einzuräumen, wenn ihre Eltern mindestens zehn Jahre hier leben und Vater und Mutter selbst in der Bundesrepublik geboren wurden für unzureichend.

Mecklenburg-Vorpommern

Ex-NPD-Funktionär verurteilt

(Taz,ND,BeZe 17.12.94)

Der ehemalige Kreisvorsitzende der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*** im mecklenburgischen Hagenow, **Rüdiger Klasen**, ist am 16. Dezember '94 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Das Schweriner Landgericht befand den 27 Jahre alten Angeklagten in einer Revisionsverhandlung des versuchten Mordes, der schweren Brandstiftung und des schweren Landfriedensbruchs für schuldig. Klasen hatte im Juli 1992 einen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Bahlen bei Boizenburg organisiert. Klasen selbst hat sich bei dem Überfall nicht die Finger schmutzig gemacht, aber 9 andere Mittäter im Alter zwischen 15 und 21 Jahren angestiftet. Diese waren in früheren Verfahren zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Wegen desselben Anschlags hat die Schweriner Staatsanwaltschaft den NPD-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein, **Heinrich Förster**, angeklagt. Ihm wird als eigentlicher Drahtzieher des Anschlags versuchter Mord vorgeworfen.

Angriff auf Jugoslawen

(BeZe 19.12.94)

In Badelin bewarfen mehrere deutsche Jugendliche nach einem provozierten Streit fünf junge Leute aus Ex-Jugoslawien mit Steinen und Bierflaschen. Eine 13jährige Asylbewerberin wurde dabei von Glassplittern verletzt.

Sudanese niedergestochen

(taz 9.12.94)

Ein 15jähriger Schüler aus Greifswald hat gestanden, eine Woche zuvor einen Studenten aus Sudan niedergestochen und schwer verletzt zu haben. Zu seinen Motiven sagte der Realschüler, gegen den jetzt wegen versuchten Mordes ermittelt wird, daß er Ausländer nicht leiden könne.

Niedersachsen

Wehrsportgruppe im Ortsrat

(Antifa-AK Celle)

Seit dem 9. Juni.1994 ist **Eckhard Knoop** (Meißendorf, Winsener Str. 9) Mitglied im Ortsrat von Meißendorf. Er rückt für seine Mitkandidatin **Waltraud Müller** auf den Ratssitz nach. Kandidiert hatten beide auf der Liste der örtlichen ***Wählergemeinschaft (WG)***. Knoop ist einer der beiden Köpfe der rechtsextremen Wehrsportgruppe ***Freundeskreis Kirsch/Knoop***. Dieser Freundeskreis ist die Nachfolgeorganisation der in der 80er Jahren bundesweit bekannt gewordenen ***Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V. (NÜB)***. Die NÜB wurde am 9.9.1978 von dem Arzt **Uwe Jürgens**, den Brüdern **Werner** und **Siegfried Bosselmann**, **Eckhard Knoop, Heinrich Hellmann, Peter Swiontowski** sowie **Anke Schröter** gegründet. Die NÜB besaß einen großen Fuhrpark, der 20-25 Fahrzeuge umfasste. Diese silber/grün gestrichenen und mit einen mit einen schwarzen Kreuz auf weißen Grund (Balkenkreuz) sowie der "Lebensrune" gekennzeichneten Fahrzeuge wurden in Winsen/Meißendorf auf dem Hof **Hasselmann** abgestellt und gewartet. 1984 bestand die NÜB aus 40 eingetragenen Mitgliedern plus ca. 200 Personen im Umfeld. Mitglieder waren z.B. **Christian Worch** oder **Gunnar Pahl** (1979 "Reichsleiter" der ***NSDAP/AO*** in der BRD - AO steht für Auslands- bzw. Aufbauorganisation). Der Freundeskreis Kirsch/Knoop ist laut Verfassungsschutz lediglich ein aktiver Kern der ***Interessengemeinschaft Wehrsport Meißendorf (IGWSM)***. **Kirsch** wohnt - na klar - auch in Meißendorf. Knoop war 1978 Vositzender der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und wenig später stellvertretender Vorsitzender der ***NPD*** (Kreisverband Celle). Nebenbei ist er schon jahrelang der Betreiber der örtlichen Kneipe "Kiek in" (Winsener Str.9) - einem bekannten Faschotreffpunkt. Als der 21jährige **Björn Wiebke** (Meißendorf, Ostenholzerstr. 39, Auto: CE-H 892) eine Kalaschnikow vor dieser Kneipe aus dem Auto hielt, kam die Polizei auf die Idee seine Wohnung zu durchsuchen. Dort fand sie neben der Maschinenpistole noch einen Karabiner, diverse Schreckschußwaffen, scharfe Munition, militärische Ausrüstung aus dem 2. Weltkrieg und Propagandamaterial der NSDAP/AO. Wiebke ist Mitglied der ***Republikaner*** und verschandelt die Gegend mit **Marc Grabow** (aus Celle-Klein Hehlen, Liststr. 44) zusammen mit seiner Propaganda. Marc Grabow sucht über das ***Nationale Infotelefon*** Kontakt zu anderen Kameraden. Weitere aktive Faschos auf die wir jetzt hier nicht eingehen sind **Norbert Schimmel** (Zugbrückenstr.97, Celle-Klein Hehlen) und

Michael Richter (Kantor-Schmidt-Str., Celle-Groß Hehlen). Seit 1991 sitzt im Meißendorfer Ortsrat der "Republikaner" **Wilhelm Köhler.** Er ist gleichzeitig REP-Ratsherr in Winsen und im Celler Kreistag. Köhler arbeitet als Schließer im Knast Celle und wohnt in Meißendorf (Am Riesenberg 3a). Er gründete den ***Arbeitskreis Republikanische Jugend*** vor Ort. Seine Jungfaschos übertrieben es in ihrer Eifrigkeit "dem netten Willi" beim Verkleben von REP-Aufklebern zu helfen und verunstalteten alle Verkehrsschilder zwischen Meißendorf und Winsen so daß der Ortsrat befahl, alles wieder zu putzen. Daraus macht der Republikaner eine seiner vielgepriesenen, in den Wäldern stattfindenen Müllsammelaktionen. Es dürfte ziemlich klar sein, daß es bei den Märschen durch die Wälder um etwas anderes geht, als Müll zusammeln.

Godentreffen in Hetendorf

(Antifa-AK Celle)

Am Wochenende 22. und 23. Oktober 94 traf sich in Hetendorf 13 der ***Bund der Goden***. Eingeladen hatte der 1. Vorsitzende, **Dr. August.-F. Ventker** (Bei den rauhen Bergen 37, 22927 Großhansdorf 2), unterstützt von: ***Nordischer Ring, Deutsche Bürgerinitiative*** und der ***Artgemeinschaft***. Anlaß war der sog. "Hermannstag", welcher eigentlich am 17. und 18. September 94, wie bisher auch, im "Heiligen Land" (Teutoburger Wald) stattfinden sollte. Der Godenorden wurde 1957 von **Franz Hermann Roderich Musfeldt** gegründet. Zur Zeit haben die Goden ca. 500 Mitglieder. Eine ***Arbeitsgemeinschaft des erweiterten Godenrates der religionswissenschaftlichen Vereinigung "Die Goden" e.V.*** gibt regelmäßig Rundschreiben heraus, in denen sich die Goden eindeutig als als Rassisten und Nationalisten zu erkennen geben. Auch ihre Verbindungen zu anderen faschistischen Organisationen und Personen belegen, daß die Goden sich im äußerst rechten Spektrum bewegen. So haben sie 1992 in der Zeitschrift ***Die Bauernschaft*** von **Thies Christophersen** inseriert und in ihrem Rundschreiben 2/94 aus seinen Publikationen zitiert. Thies Christophersen (geb. 1918) ist bereits seit den 70er Jahren ein harter Verfechter der "Auschwitz-Lüge". Durch sein gleichlautende Broschüre "Die Auschwitzlüge" (1972) wurde er einer der ersten Revisionisten in der BRD. Während einer polnischen Ausstellung über das KZ Auschwitz in Mannheim randalierte er zusammen mit Gesinnungskameraden. Dieselbe Ausstellung wurde 1974 nochmal in Berlin von ihm, **Manfred Roeder** und anderen mit roter Farbe übersprüht. Im selben Jahr war er Organisator von Veranstaltungen der verboten ***NSDAP/AO.*** **Gunnar Pahl**, der den Buchversand der Goden organisiert, war 1979 NSDAP/AO-Reichsleiter in der BRD.



Antifa-Demo in Göttingen

(Tsp 20.11.94)

Einige autonome Gruppen haben in Göttingen zum Anlass des fünften Todestages von **Conny Wessmann** zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen.Conny wurde am 17. November 1989 von der Polizei über eine Straße getrieben und dabei von einem Auto erfaßt. Sie starb noch am Unfallort. An der Demo nahmen ca. 500 Jugendliche teil.

Im Vorfeld der Demonstration gab es starke Streitigkeiten: VertreterInnen des Göttinger Antifa-Bündnisses warfen der in der Stadt dominierenden Gruppe vor, sie würde ihre Linie gegen den Willen der anderen druchdrücken. Das Bündnis zog sich aus der Demonstrationsvorbereitung zurück.

Flüchtlinge sollen Abschiebehaft jetzt selber zahlen

(JW 30.11.94)

Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sitzen, werden in Niedersachsen für jeden Tag im Knast zur Kasse gebeten. Einen Tagessatz von 116 DM verlangt die Bezirksregierung Hannover neuerdings von jedem Abschiebehäftling. Das niedersächsische Justizministerium beklagt diesen Schritt als "Alleingang" - die Maßnahme ist aber im bundesweit geltenden Ausländergesetz sogar vorgeschrieben: *"Kosten, die durch die Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung entstehen, hat der Ausländer zu tragen"*, heißt es dort. Flüchtlingen, auf die das Asylbewerberleistungsgesetz angewandt wird, kann nicht nur alles Bargeld, sondern auch - wie in Göttingen geschehen - Schmuck und wertvolle Kleidung abgenommen werden, um die anfallenden Kosten zu decken. Anders als im Bundessozialhilfegesetz, das SozialhilfeempfängerInnen vor der Pfändung eines Restbetrags, persönlicher Gegenstände oder von Alltagsgegenständen schützt, ist für Asylsuchende keinerlei Pfändungsgrenze vorgesehen: in einigen Kommunen ist es schon vorgekommen, daß Flüchtlingshabe bis hin zum Ehering gepfändet wurde, berichtet Matthias Lange vom ***Flüchtlingsrat Niedersachsen***. Der vom Justizministerium in Hannover errechnete Tagessatz bezieht sich auf die Kosten, die das Bundesland täglich für jeden Strafgefangenen ausgibt. Abschiebehäftlinge müssen jedoch nicht nur die Personalkosten für ihre Schließer bezahlen - auch die Kosten für die Abschiebung selbst werden ihnen, solange sie noch einen Pfennig in der Tasche haben, in Rechnung gestellt: Die Fahrt zum Flughafen, Übersetzungskosten, den Flug ins Herkunftsland - bei Flüchtlingen, die sich gegen die Zwangsmaßnahme wehren, sogar der Flug und die Personalkosten für den BGS'ler, der sie bis zum Bestimmungsort "begleitet". Pikanterweise hat das niedersächsische Justizministerium erst Ende November im Innenausschuß die Erlaubnis für Abschiebehäftlinge, neuerdings am Knastarbeitsprogramm teilzunehmen, als humanitäre Maßnahme verkauft: Sie seien "super-arbeitswillig" und froh über die Möglichkeit, sich etwas Geld zu verdienen. Zwischen 98 Pf. und 1,30 DM pro Stunde bekommen sie für diese Arbeit ausgezahlt - genausoviel wie reguläre Strafgefangene, obwohl Abschiebehäftlinge in der Regel gar nicht straffällig geworden sind. Was die "Arbeitswilligen" vermutlich nicht wissen: Auch diese paar Mark werden von der Bezirksregierung Hannover wieder eingezogen, da es sich ja auch hierbei um "Einkommen und Vermögen" handelt, das laut Asylbewerberleistungsgesetz restlos "aufgebraucht" werden muß, bevor das Land finanziell haftet. Doch der Zugriff des Staates auf die Habseligkeiten der Flüchtlinge beginnt schon viel früher: Wenn der Bundesgrenzschutz sie kurz nach dem Grenzübertritt aufgreift, nimmt er ihnen grundsätzlich eine "Sicherheitsleistung" ab, die 500 DM betragen soll, nach Angaben von Flüchtlingen jedoch faktisch oft ihre gesamten Wertsachen mit viel höherem Gegenwert umfaßt. Dieses Geld soll die eventuellen Kosten für die "Rückführung" des Flüchtlings decken sowie diejenigen für ein Strafverfahren wegen illegalen Grenzübertritts, das aber in der Regel nie eingeleitet wird. Werden Asylsuchende dann nach drei Monaten aus einem der zentralen Sammellager "umverteilt" in ein anderes Flüchtlingsheim, dürfen sie zwar arbeiten - in Jobs, die nachweislich kein Deutscher haben wollte - müssen aber den Verdienst wiederum für die Lagerunterbringung abgeben. "Bei Sätzen von 300 DM pro Person und 150 DM pro Familienmitglied muß eine vierköpfige Familie, die auf 20 Quadratmetern leben muß und Essenspakte bekommt, dafür 900 DM im Monat zahlen, so Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat.

Nordrhein-Westfalen

Anschlag in Rheinbach

(Autonome Gruppe Rheinbach)

In der Nacht zum 9. Dezember '94 ist in Rheinbach ein Haus, welches von AusländerInnen bewohnt wird, mit ausländerfeindlichen Parolen und Hakenkreuzen besprüht worden. Vier Nächte später, in der Nacht zum 13.12., wurde ein Brandsatz in einen Kelleraum des Hauses geworfen. Erst am 28. Dezember wurde über die Vorfälle in der örtlichen Presse berichtigt, und auch nur deshalb, weil Kinder des Hauses an eine Zeitung einen Brief geschickt hatten und um Hilfe baten. Die Kinder wollen, daß vor dem Haus Polizeistreifen patroullieren, damit es in Rheinbach nicht so kommt wie in Solingen. Denn ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist nach den Nazi-Sprühereien sehr wahrscheinlich.

Brandanschlag auf Flüchtlinge

(Fritz, BeZe 18/.19.12.94)

In Rosensahl-Holtwick im Landkreis Coesfeld kam es in der Nacht zum 18. Dezember '94 zu einem Brandanschlag auf ein von AusländerInnen bewohntes Heim. Nach Angaben der Polizei hatte ein Bewohner des Hauses Brandgeruch bemerkt und die Feuerwehr benachrichtigt. Die konnte das Feuer löschen. Nach Angaben der BewohnerInnen gab es vorher einen kurzen Angriff auf das Gebäude, etwa 10 Personen hatten die Tür aufgebrochen, sind eingedrungen und haben randaliert. Bei dem späteren Brand erlitten eine Frau sowie zwei 5 und 3 Monate alte Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien Rauchverletzungen.

Ignaz Bubis gegen neue Gesetze

(Tsp, BeZe 21./23.11.94)

Die Bundesrepublik braucht nach Auffassung des ***Zentralrats der Juden in Deutschland*** keine neuen Gesetze zur Eindämmung faschistischer Gewalt. In erster Linie sei der Staat gefordert, damit fertig zu werden, meinte am 20.11.1994. der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Ignatz Bubis**. Rechtsextreme Gruppen sollten wie Kriminelle behandelt werden. In Deutschland sieht Bubis nach seinen Worten keine Ausländerfeindlichkeit, wohl aber eine Fremdenfeindlichkeit.

Saarland

Abschiebestopp gefordert

(JW 17.12.94)

Erstmalig hat sich ein CDU-Politiker für einen unbefristeten Abschiebestopp für Kurden eingesetzt, da, so **Peter Müller** - Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag - das Urteil gegen acht kurdische Abgeordnetete in der der Türkei "eklatant gegen Grundsätze der Menschlichkeit und des Rechtstaates" verstoße. Aber kurdische "Straftäter" sollten von dieser Regelung natürlich nicht profitieren!?

Gräber verwüstet

(taz 21.11.94)

Die Schändung des jüdischen Friedhofs im saarländischen Neunkirchen vor zwei Monaten ist aufgeklärt. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, hat ein 19jähriger die Tat gestanden, 27 Grabsteine verwüstet zu haben. Der arbeitslose Mann habe sich bei seiner Vernehmung selbst als Nationalist bezeichnet.

Rheinland-Pfalz

Nazis schändeten jüdischen Friedhof bei Pirmasens

(JW 28.11.94)

Ein jüdischer Friedhof im Landkreis Pirmasens ist von unbekannten Nazis weitgehend verwüstet worden. Eine Gruppe von Besuchern entdeckte am Samstag 50 umgeworfene und teilweise erheblich beschädigte Grabsteine. Einige der Grabmale wurden nach Mitteilung der Polizei in schwarzer Farbe mit Davidsternen, Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert. Der Friedhof im westfälischen Dahn ist eine historische Beerdigungsstätte, die seit 1833 von Angehörigen jüdischer Gemeinden des Kreises genutzt wird. Die Grabstätten waren von Angehörigen der jüdischen Kultusgemeinde Rheinland-Pfalz seit Jahren mit großem Einsatz gepflegt worden

Sachsen

Rechtsextreme aktiver

(JW 10.12.94)

In Sachsen hat die Zahl der rechtsextremen Straftaten deutlich zugenommen. In den ersten zehn Monaten 1994 sind 63% mehr Fälle registriert worden als im gleichen Zeitraum 1993, so ein Sprecher des Verfassungsschutzes. Dieser Anstieg (603 Straftaten seit Jahresbeginn) sei vor allem auf ein verstärkte rechtsextreme Propaganda zurückzuführen. Laut VS gibt es in Sachsen 2.700 Rechtsextremisten. Parteien wie die ***DVU***, die ***NPD*** oder die ***Deutsche Liga*** hätten rund 1.200 Mitglieder. Die ***Republikaner*** kämen inzwischen auf 650 Mitglieder und es gäbe 600 aktive und militante Nazis.

Antifa-Demo in Zittau

(ND 11.94)

Etwa 300 hauptsächlich jugendliche AntifaschistInnen haben am 10. Dezember '94 in Zittau unter starken Polizeiaufgobot demonstriert. Anlaß war der Tod des 18jährigen Antifaschisten **Michael Gäbler**, der am 20.November erstochen wurde. Die Demonstrationsteilnehmer wehrten sich gegen den Versuch der Staatsanwaltschaft den Mord zu entpolitisieren und protestierten gegen das örtliche Nazizentrum des ***Nationalen Jugendblocks***.

Wegen Überfall verurteilt

(JW 30.11.94)

In Leipzig wurden acht Jugendliche wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim vor zwei Jahren in Eilenburg zu Bewährungsstrafen zwischen neun und 21 Monaten verurteilt. Gegen vier der 14 Angeklagten wurde das Verfahren eingestellt, zwei wurden freigesprochen. Die Jugendlichen, die der rechtsradikalen Szene zugeordnet werden, wurden wegen Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

Sachsen-Anhalt

Mordversuch

(Interim 313)

Nach den Morden von Rothenburg und Zittau gab es nun auch in Halberstadt einen versuchten Mord. Das Opfer des hinterhältigen Anschlages von Neonazis war wieder ein Antifaschist: Am Montag, den 12. Dezember '94 wurde **Mario S.** gegen 21.00 Uhr durch die bekannten Faschisten **Mike Freise, Enrico**

Kühne, Hagen Kraul, Peter Karesch, Mike Genso, Jörco Roll und dem 13jährigen **Nötzel** angegriffen und durch zwei Messerstiche in die Lunge und in den Rücken lebensgefährlich verletzt. Im Vorfeld dieses Überfalls zogen die genannten Jugendlichen prügelnd und raubend durch Halberstadt - so überfielen sie u.a. sechs Mormonen, die der Stadt einen Besuch abstatteten und raubten einen älteren Halberstädter Bürger das Geld, das er sich zuvor an einem Geldautomaten geholt hatte. Am nächsten Tag, dem 13. Dezember, bewegten sich die Neonazis wieder ungehindert durch Halberstadt, ohne daß es die Polizei und die Staatsanwaltschaft als notwendig erachteten, die Täter festzunehmen. Diese unverständliche Zurückhaltung deckt sich mit dem Verhalten bei vorangegangenen faschistischen Morden und Übergriffen, denn auch in Rotenburg und Zittau wurden die Morde als Auseinandersetzung zwischen revalisierenden Jugendgruppen abgetan. Diese Behauptungen lassen sich u.a. durch die Tatsache widerlegen, daß die Täter in allen Mordfällen festen neofaschistischen Strukturen angehören. So war z.B. der obengenannte Mike Freise engagiertes Mitglied der ***Nationalistischen Front (NF)*** und beteiligt sich bereits an Übergriffen auf Flüchtlinge, Andersdenkende und deren Zentren. Es ist eine Strategie des Staates, faschistische Strukturen zu leugnen und den antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, wie es in Rotenburg, Zittau, Halberstadt und auch sonst überall geschah und geschieht.

Chronologie: Nazi-Terror in Quedlinburg und Umgebung

(Flugblatt aus Quedlinburg)

In letzter Zeit häufen sich in Quedlinburg und Umgebung faschistische Propaganda und gewaltsame Übergriffe hier eine unvollständige Chronik:

Nov. '93: Am hellichten Tag kommt es zu gewaltsamen Übergriffen gegen AntifaschistInnen.

18.12.93: **Steffen Hupka** führt ein Organisationstreffen im "Bistro zum Augustiner" mit ca. 15 Nazi-Kadern z.B. **Mohr, Teichmann** und **Kroschwitz** durch.

31.12.93: Es kommt zu mehreren gezielten Angriffen gegen Linke mit Flaschen, Leuchtspurmunition u.ä.

30.1.94: Das Auto eines Antifas wird in Brand gesetzt.

23.4.94: Faschisten versuchen eine Linke Feier durch "Sieg Heil"-Rufe u.ä. zu stören.

30.4.94: Eine Antifaschistin wird überfallen, geschlagen und sexuell belästigt.

6.5.94: Ein Antifaschist wird von mehreren Faschisten (u.a. Mohr und **Engelmann**) zusammengeschlagen.

2.9.94: Ca. 15 bewaffnete Faschisten greifen das Kulturzentrum Reichenstraße 1 an.

9.9.94: 50 Neonazis im Gefolge der ***Harzfront***-Aktivisten greifen das Kulturzentrum u.a. mit Molotowcocktails und Steinen an.

An den nachfolgenden Wochenenden kommt es regelmäßig zu Übergriffen von Faschisten, d.h. Werfen von Molotowcocktails, Werfen von Steinen aus fahrenden Autos, Schießen mit CS-Gas etc.

Bis zum 16. Oktober '94 werden in der Umgebung Wahlplakate aller Parteien, mit Sprüchen *"Keine Stimme den Volksfeinden"* überklebt.

11.11.94: Ein Antifaschist wird von einem Nazi mit einem gestohlenen Auto absichtlich angefahren; zuvor wurden Morddrohungen gegen diesen an mehrere Stellen in Quedlinburg an Häuserwände gesprüht.

Bereits Anfang 1994 entließ die ***Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF*** - eine der Nachfolge Parteien der ***Nationalistischen Front (NF)*** - ihre Kaderzellen in die vollständige Autonomie, um einem Verbot zuvorzukommen. Entsprechende Strukturen traten Anfang 1994 auch in Quedlinburg als ***Unabhängiger Arbeitskreis*** und als ***Harzfront*** in Erscheinung. Aufgebaut wurden beide Organisationen von dem seit 1993 in Quedlinburg (Mauerstraße 15) wohnenden Steffen Hupka. Er ist 1963 geboren, war 1980-81 führendes Mitglied einer Wehrsportgruppe in Hannover, wurde 1982 Mitglied der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***, trat 1983 der ***ANS/NA*** des **Michael Kühnen** bei und wurde 1984 Mitglied der ***HNG*** und 1985 der ***NF***. Bei dem Unabhängigen Arbeitskreis sind hauptsächlich ältere FaschistInnen und "Rechtsausleger" wie dem ehemaligen LDPD- und jetzigem FDP-Mitglied **Wolfgang Symm**. In der Harzfront sind eher Fasch-Kids und militante Faschisten aktiv, einer ihrer Wortführer ist der in der Birkenstraße 27 wohnende **Christian Mohr**.

Friedhof geschändet

(BeZe 14.12.94)

Unbekannte Täter haben einen Ehrenfriedhof der sowjetischen Armee in Magdeburg geschändet. Nach Angaben der Polizei wurden 26 Grabsteine umgestoßen. Ein Teil davon wurde schwer beschädigt.

Tod nach Krawall

(BeZe 3./4.11.94)

Die Staatsanwaltschaft Magdeburg prüft, ob ein Opfer der ausländerfeindlichen Krawalle zu Himmelfahrt in der Stadt möglicherweise an den Spätfolgen einer Gewalttat gestorben ist. Nach Hinweisen des Flüchtlingsrates werde ermittelt, ob der etwa 30jährige Algerier **Farid Boukhit** infolge seiner am 12. Mai '94 erlittenen Kopfverletzungen im September gestorben sei, sagte Oberstaatsanwalt Jaspers. Den Algerier hatte eine aus der Staßenbahn stürzende Horde Hooligans damals mit Holzknüppeln niedergeschlagen. Wegen unterschiedlicher Altersangaben und Schreibweise des Namens sei nach dem Tod kein Zusammenhang zu den Krawallen hergestellt worden, sagte Jaspers.

Rechte Randale in Magdeburg

(BeZe 5.12.94, JW, 6.12.94)

Erneut gab es ausländerfeindliche Ausschreitungen in Magdeburg. Eine Gruppe von ca. 70 Leuten hat in und vor einem von Ausländern bewohnten Haus randaliert. Ein Teil der Täter, die alle zwischen 13 und 20 Jahre alt waren, drang in das Haus ein und beschädigte neben elektrischen Anlagen auch Türen und Fenster. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von schätzungsweise 30 000 DM. Die Polizei verfolgte die in kleineren Gruppen flüchtenden Jugendlichen und nahm 37 Beteiligte zwecks Personalienfeststellung vorläufig mit. Am Sonntag befanden sich noch sieben Leute in Polizeigewahrsam, gegen die wegen schweren Landfriedensbruchs ermittelt wird. Bekannt wurde der Vorfall erst am Sonntag nachmittag in Form einer kurzen Polizeimeldung, mit dem Hinweis, daß möglicher Hintergrund der Straftat ein "Vorkommnis" gewesen sein könnte: "Einige Tage davor sollen zwei Jugendliche von einem Portugiesen angefahren oder versucht worden sein, sie anzufahren", teilte ein Polizeisprecher mit. Nach Aussage der Staatsanwaltschaft soll der Überfall ein "Racheakt" gewesen sein, da etwa eine Woche vorher eine Auseinandersetzung zwischen zweien dieser Jugendlichen und einem Portugiesen stattgefunden haben soll. Zu einem möglichen politischen Hintergrund der Aktion konnte Herr Jaspers von der Staatsanwaltschaft Magdeburg nichts Konkretes sagen."Es wurden allerdings ausländerfeindliche Parolen gerufen, wie "Ausländer raus" und ähnliches". Augenzeugenberichten zufolge sei auch ein Hitlergruß gezeigt worden.

Dritter Magdeburg-Prozeß

(Tsp 22.11.; JW 15.12.94)

Das Amtsgericht Magdeburg hat am 14. Dezember '94 drei weitere Urteile wegen der rassistischen Angriffe zu Pfingsten am 12. Mai 1994 gefällt. Zwei Angeklagte wurden für schuldig befunden, an den Angriffen direkt beteiligt gewesen zu sein. Der Hauptbeteiligte **Christian B.** wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt, der zweite Angeklagte **Thomas K.** zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten. Beide wurden durch Augenzeugen und aufgrund von Videoaufnahmen identifiziert. Der dritte Angeklagte, **Oliver K.**, ist vom Gericht freigesprochen worden. Für die beiden Verurteilten hatte der Staatsanwalt Freiheitsstrafen von zwei Jahren und acht Monaten bzw. eine Bewährungsstrafe von enem Jahr und acht Monaten gefordert.

Razzia gegen rechts in Wittenberg

(Tsp 1.12.94)

Das Landeskriminalamt von Sachsen-Anhalt hat bei der Kameradschaft Wittenberg der verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung Direkte Aktion Mitteldeutschland im großen Rahmen Razzien durchgeführt. Innenminister Püchel teilte mit, daß bei den Hausdurchsuchungen neben Schußwaffen, Säbeln, Messern und Baseballschlägern auch rechtsradikales Propagandamaterial sichergestellt wurde. Dadurch wurde die Vernetzung von 22 Personen im Alter von 15 bis 30 Jahren zu einer rechtsextremen Vereinigung bis nach Niedersachsen bekannt.

Schleswig-Holstein

Brandstiftung ungeklärt

(JW, 2.12.94)

Der dritte der vier Angeklagten im Prozeß um den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge hat zugegeben, an der Tat beteiligt gewesen zu sein. Jedoch bestritt der 25jährige, einen Brandsatz geworfen zu haben. Bereits am ersten Prozeßtag hatten zwei der angeklagten Personen Geständnisse abgelegt, jedoch bestreiten auch sie, die Brandsätze gezündet oder gewofen zu haben. Den vier Angeklagten wird fünffacher Mordversuch und schwere Brandstiftung vorgeworfen.

Schlägerpolizisten verurteilt

(JW 23.11.94)

Zu Geld- und Bewährungsstrafen hat am 21. November 1994 das Amtsgericht Kiel zwei Polizeibeamte verurteilt, die in der Nacht zum 3. Oktober 1992 einen Asylbewerber aus Estland grundlos verprügelt, mit einen Gürtel geschlagen und ihm seine Dienstwaffe an den Kopf gehalten haben. Einer bekam 20 Monate auf Bewährung und muß bei Rechtskraft des Urteils mit seiner Entlassung rechnen. Der andere hat als Fahrer einen Polizei-Bus so gelenkt, daß das Opfer hin- und hergeschleudert wurde. Der Fahrer wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

Opfer von Mölln

(BeZe 21./24.11.94)

Seit dem 21. November 1994 erinnert eine Gedenkplastik der Künstlerin Danae Mattes an die Türkinnen, die 1992 in Mölln getötet worden waren. Die Plastik ist an einem der Brandhäuser angebracht. Am 24. November 1994 haben etwa 30 Möllner Bürger des Vereins ***Miteinander Leben*** vor dem wiederaufgebauten Haus in der Mühlenstraße mit einer Mahnwache an den zweiten Jahrestag der Brandanschläge erinnert.

Thüringen

Deckert in Buchenwald

(JW 22.11.94)

Der Bundesvorsitzende der ***NPD***, **Günther Deckert**, ist am 19. November '94 für einige Stunden festgenommen worden, als er versucht hatte, einen "Politischen Spaziergang" in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald durchzuführen. Die Polizei hat nach eigenen Angaben schon im Vorfeld Informationen erhalten, daß dabei "strafbare Handlungen nicht auszuschließen" seien. Die Direktionen der Gedenkstätten in Buchenwald und Dora (Nordhausen) hatten daraufhin gegen Deckert und seine Begleiter Hausverbot verhängt. Diese Verfügungen seien ihm bei der Einreise nach Thüringen ausgehändigt worden. Da Deckert, der bereits wegen antisemitischer Propaganda verurteilt worden ist, sich trotz des Verbots auf der Zufahrt zur Gedenkstätte befunden habe, sei er festgenommen worden, wenige Stunden später am Sonntagabend aber wieder freigelassen worden. Die NPD protestierte gegen die Festnahme und beklagte, daß der Polizeieinsatz "eine Unmenge Geld gekostet" habe.

Prozeß gegen Antifas in Rudolstadt

(EPIs Rudolstadt)

Voraussichtlich im Februar '95 beginnt in Rudolstadt ein politischer Prozeß gegen drei Antifaschisten aus Saalfeld. Sie werden angeklagt, am 13. Juni 1993 Mitglieder der inzwischen verbotenen faschistischen ***Wiking-Jugend (WJ)*** gemeinschaftlich angegriffen und verletzt zu haben. Wahr ist, daß sich sieben Antifas am Vormittag des 13. Juni ins Stadtinnere begaben, um in einem Café zu frühstücken. Auf dem Weg dorthin wurden sie auf eine Gruppe Rechtsradikaler aufmerksam, die an diesem Wochenende im Gasthaus "Mellestollen" eine Tagung abhielten. Als die Antifas eine Gruppe von Neonazis fotografierten, wurden sie durch Mitglieder der WJ angegriffen. Zwei Antifas wurden dabei durch Pflastersteine verletzt. Kurz danach wurden die angreifenden Nazis unter Polizeischutz in Sicherheit gebracht. Hingegen wurde das Café, in dem die Antifas frühstücken wollten, von einem massiven Poizeiaufgebot umstellt. Bullen stürmten dann mit gezogenen Waffen das Café und durchsuchten es. Dabei wurden 10 Jugendliche verhaftet und mit weiteren 10 Polizisten in eine Garage gesperrt. Unter Androhung von Gewalt durften sich die Festgenommenen weder hinsetzen noch unterhalten. Bis zum Abend wurden alle einzeln erkennungsdienstlich behandelt und verhört. Dann wurden bei allen Festgenommenen PKW- und Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt. Einige saßen bereits seit dem Morgen im Café. Dies ist nicht der erste Angriff von staatlicher Seite aus gegen Antifas in Rudolstadt bzw. Umgebung. Observationen und Hausdurchsuchungen in Saalfeld zeigen, daß die Staatsmacht mit allen Mitteln versucht, den antifaschistischen Kampf zu spalten. Wo Widerstand auftritt, versucht der Staat zu isolieren und zu kriminalisieren.

Antirassistischer Pastor untergetaucht

(WaS, BeZe 5.12.94)

Ein Thüringer Pastorenehepaar hält zwei Pflegekinder aus Sambia mit Wissen der evangelischen Landeskirche versteckt. Unter Berufung auf den Weimarerer Oberkirchenrat **Peter Zimmermann** berichtete die *Welt am Sonntag*, der Aufenthaltsort des Ehepaars mit den beiden sieben und acht Jahre alten Kindern sei Kirche und Behörden bekannt. Die Polizei dagegen teilte mit nach dem Pastor und den beiden Kindern werde noch gesucht. Die Kinder sollten eigentlich zurück in ihre Heimat gebracht werden.

Buchenwald-Prozeß

(Tsp 19.11.94)

Wegen der Schändung der thüringischen KZ-Gedenkstädte im letzten Sommer sind am Freitag fünf Bewährungen bis zu sieben Monaten verhängt worden. Ein 17jähriger wurde freigesprochen. Die Mehrzahl der Skinheads die dort randaliert hatten wurden des Landfriedensbruchs, der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Sachbeschädigung für schuldig befunden. Nach dem dritten der Prozesse muß ein Mann für ein Jahr und acht Monate hinter Gitter, außerdem wurden zehn Bewährungsstrafen, in drei Fällen Jugendarrest und zwei Verwarnungen erteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Thüringens Innenminister bedroht

(BeZe,ND 6.12.94)

Am Freitag, den 2. Dezember '94 wurde der neue Thüringer Innenminister **Richard Dewes *(SPD)*** von acht Skinheads bedroht und beschimpft. Der Innenminister ist zuständig für die Verfolgung des Rechtsextremismus.

International

Europaweites Nazi-Treffen

(EPIs Mechenhard, Regionalpresse 12.12.94)

Am Sonnabend, den 10. Dezember 1994, fand im bayerischen Klingenberg ein Treffen von 200 Rechtsextremisten aus mehreren Ländern statt. Vorausgegangen war dem *"Europäischen Kongreß der Jugend"* auf Initiative der ***NPD***-Nachwuchsorganisation ***Junge Nationaldemokraten*** ein mehrstündiges Katz- und Maus-Spiel mit der hessischen Polizei. Die bayerische Polizei hatte - laut eigenen Angaben - erst unmittelbar vor Beginn von der Veranstaltung in Klingenberg erfahren. Hunderte von Einsatzkräften wappneten sich in den Straßen gegen mögliche Ausschreitungen, während sich in der Gaststätte "Saalbau Hemschak" rund 200 Faschisten aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Kroatien und Bulgarien versammelten. Erster Redner war der NPD-Bundesvorsitzende **Günter Deckert**. Laut Programm wandten sich außerdem Vertreter der holländischen ***Centrumspartij 86***, der ***Argentinischen Nationalistischen Arbeiterpartei in Europa***, der ***Nationalistischen Partei Frankreichs und Europas*** und der ***Jungen Kroatischen Rechten*** an die TeilnehmerInnen. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung eines *"Europäischen Jugend-Manifestes"*. Darin vereinbarten die verschiedenen Gruppen gegenseitig Kontakte, *"mit dem Ziel gemeinschaftlicher Aktionen"*, die sich offensichtlich gegen die Europäische Union richten sollen. Die Presse war zu der Versammlung nicht zugelassen.
Ursprünglich war die Versammlung als "Musikveranstaltung" in einer Gaststätte im hessischen Michelstadt im Odenwald geplant. Als der Gastwirt Wind davon bekam, wer sich bei ihm einnisten wollte, kündigte er den Vertrag. Die Polizeidirektion Erbach vermutete richtig, daß sich der Großteil der ungebetenen Gäste dennoch in Michelstadt sammeln würde. Die Rechtsradikalen kamen ab 9.30 Uhr an und wurden von Kontaktpersonen über das neue Lokal informiert. Um die Beamten in die Irre zu leiten, fuhren sie in unterschiedliche Richtungen davon und trafen sich gruppenweise an verschiedenen Orten wieder. Gegen 15 Uhr kristallisierte sich heraus, daß sie die Stadt Klingenberg im benachbarten Landkreis Miltenberg im Visier hatten. Erst am späten Freitagabend hatten sie sich in der Gaststätte "Saalbau" eingemietet. Den Wirt ließen sie dabei ebenfalls über die wahren Hintergründe im dunkeln. Die Polizeidirektion Aschaffenburg übernahm daraufhin die Einsatzleitung. Nach den Worten von Pressesprecher Peter Herok war sie von der Entwicklung völlig überrascht, sie hatte keine Möglichkeit zur Vorbereitung. Nachdem sich die Lage zunächst nicht abschätzen ließ, wurde im Laufe des Nachmittags aus ganz Bayern und aus dem benachbarten Hessen ein Großaufgebot an Bereitschaftspolizei herbeigezogen. Herok führte es auf die starke Polizeipräsenz zurück, daß der Nachmittag und der Abend ruhig verliefen. Zwar fanden sich spontan kleine Gruppen von GegendemonstrantInnen ein, doch das Aufgebot der Polizei vermied jegliche Aktionen und Eskalation.
Der Wirt des "Saalbaus" konnte die Versammlung selbst nicht mehr verhindern. Für die anschließende Kabarett- und Musikveranstaltung - unter anderem war ein Auftritt der Naziband ***Noie Werte*** geplant - konnten die Faschisten jedoch nicht die erforderliche Genehmigung der Stadt Klingenberg vorweisen. Gegen 21 Uhr forderte die Polizei die Teilnehmer auf, den Saal zu verlassen und kontrollierte die Personalien der Anwesenden.

Rechte von Asylsuchenden verletzt

(BeZe 13.12.94)

Die zehnköpfige Jury des des ***Basso-Tribunals*** hat am 12. Dezember '94 den europäischen Staaten vorgeworfen, systematisch die Rechte von Asylsuchenden zu verletzten. Zuvor hat die Jury vier Tage lang in der Technischen Universität Berlin Betroffene aus der Schweiz, Frankreich, Spanien und Deutschland angehört. Nach dieser Anhörung stellte die Jury 20 Forderungen auf. So soll unter anderem ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Asylsuchende erreicht werden, wenn ihre Verfahren länger als ein Jahr dauern. Außerdem stellte sie fest, daß die Grenze zwischen politischen und ökonomischen Fluchtgründen fließend seien und berücksichtigte besonders "die Mitschuld der reichen europäischen Staaten an den Zuständen der Herkunftsländer der Flüchtlinge." Bei ihrem Urteil berief sich das seit 1979 existierende "Tribunal der Völker" auf die Genfer Flüchtlingskonvention und auf die allgemeine Erklärung zu den Menschenrechten.

Österreich

Volksbegehren

(BeZe 8.12.94)

Am Mittwoch, den 7.12.94, drohte ***FPÖ***-Chef **Jörg Haider** mit einem neuen Volksbegehren gegen Ausländer. Innenminister **Franz Löschnak** müsse endlich Maßnahmen gegen den illegalen Aufenthalt von Ausländern ergreifen, sagte der Vorsitzende der rechtsradikalen ***Freiheitlichen Partei Österreichs*** zu Journalisten. Die Partei werde sonst die Bevölkerung aufrufen, seine Forderungen im Rahmen eines Volksbegehrens zu unterstützen. Unter anderem sehen die 16 von der FPÖ geforderten Maßnahmen eine stärkere Kontrolle von Ausländern vor. Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung sollen das Land sofort verlassen müssen.

Panzer beschlagnahmt

(Tsp, JW 3.12.94)

Eine österreichische Anti-Terror-Einheit hat am 1. Dezember '94 an der österreich-tschechischen Grenze bei Neonazis Waffen beschlagnahmt. Es wurden einige Maschinengewehre und zwei alte aber gutgewartete, einsatzfähige Panzer gefunden.

Polen

Denkmal für "Volksdeutsche"

(NE 11/12)

In der ehemaligen "oberschlesischen Gemeinde Schwientochlowitz" ist ein Denkmal zur Erinnerung an nach dem 2. Weltkrieg gestorbene "Volksdeutsche" errichtet worden. Das Denkmal wurde von der Gruppe ***Hoffnung*** gestiftet welche sich zuletzt, mit Erfolg für deutsche Rentenzahlung an Wehrmachtsangehörige in Polen eingesetzt hat.

Tschechien

Freispruch nach Mord

(JW 8.12.94)

Im September 1993 hatten 18 tschechische Nazi-Skins in der südböhmischen Kleinstadt Písek vier junge Roma-Flüchtlinge in den Fluß Otava getrieben. Danach hinderten sie die verzweifelt um ihr Leben Kämpfenden solange daran das Wasser zu verlassen, bis einer der vier ertrank. Passanten, die zuhilfe eilen wollten, wurden brutal daran gehindert. Über ein Jahr hatte die tschechische Justitz für eine Anklage gebraucht. Das Píseker Gericht benötigte letztes Wochenende nur wenige Stunden. Dann waren 14 Angeklagte freigesprochen, zwei von ihnen erhielten ein Jahr Haft auf Bewährung, die anderen beiden waren nicht zur Verhandlung erschienen. Das ist nicht das erste Urteil dieser Art. Daß ein Prager Untersuchungsrichter gegen die Rockgruppe ***Branik*** gar nicht erst Anklage erhob - obwohl die in ihren Songs u. a. aufforderte: *"Alle Asiaten verbrennen"* - und ein Gericht im ersten Prager Bezirk einen Verleger antisemitischer Schriften freisprach, sind nur zwei weitere Beispiele einer Kette.

Neue Rechtspartei

(NE 11-12/94)

Eine neue rechtsradikale Partei, die ***Demokratische Union***, hat sich in der Tschechischen Republik gegründet. Die Partei sieht sich selbst als sehr antikommunistisch. **Alena Hromádkova** der Vorsitzende der Partei prangert vor allem die Hinterlassenschaften des früheren Kommunistischen Systems an.

SPANIEN

Faschisten-Gedenken in Madrid

(JW 24.11.94)

Wie auch im letzten Jahr fanden sich am 20. November '94 mehrere tausend Rechtsextremisten auf Madrids Plaza del Oriente ein, um der Todestage des spanischen Diktators **Francisco Franco** (20.11.1975) und des ***Falange***-Gründers *Jose Antonio Primo de Riveria* (20.11.1936) zu gedenken. Vor Ort waren auch 20 deutsche Neonazis aus den Reihen der ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** und der verbotenen ***Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD)***. Die HVD marschierte in Madrid in SS-ähnlicher Uniform auf, dabei auch **Andreas Rossiar** (Ex-FAP-Mitglied) mit seiner Familie sowie **Norbert Weiner** (FAP-Kader aus Bonn). Mit dabei waren die deutschen Kameraden auch bei einer Veranstaltung im "Tal der Gefallenen" in der Sierra de Guadarrama am Grabmal von Franco und Rivera. Die "Gedenkstätte" für die "Gefallenen des Bürgerkrieges" vor den Toren Madrids hatte Franco selbst einst von politischen Gefangenen errichten lassen. Für den Aufmarsch wurde übrigens in Deutschland über das faschistische ***Thule-Mailbox-Netz*** mobilisiert. Als Kontaktadresse fungiert ein **Michael Hein** mit Postfach in Würzburg. Eingespeist wurden die Informationen zum spanischen Mummenschanz von dem Karlsruher Rechtsextremisten **"Hagestolz"**, einem Drahtzieher im bundesdeutschen Neonazi-Netz.

ITALIEN

Berlusconis Ende?

(BeZe, Tsp 5.,6.,14.12.94)

"Man könnte sich eine andere Regierung mit einer anderen Führung und einer anderen Mehrheit vorstellen", wird der italienische Innenminister **Roberto Maroni** in der Presse zitiert. Maroni ist Mitglied der ***Lega Nord***, die zusammen mit der faschistischen ***Alleanza Nazionale (AN)*** von **Gianfranco Fini** und Berlusconis ***Forza Italia*** die Regierungskoalition bildet. Doch ist diese Koalition in Wahrheit schon nicht mehr existent. Nachdem sich im Herbst 1994 die Gerüchte verdichteten, daß **Silvio Berlusconi** in eine Korruptionsaffäre verwickelt ist, knallt es im Gebälk. Der Lega-Vorsitzende **Umberto Bossi** macht Front gegen Berlusconi, bis hin zum Stellen der Vertrauensfrage im Parlament. Denn immerhin ist die Drei-Parteien-Koalition im Frühjahr angetreten, um gerade die massiven Korruptionsskandale in der italienischen Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft zu beenden. Nun wurde Berlusconi am 13. Dezember '94 sieben Stunden lang von der Staatsanwaltschaft in Mailand verhört, weil ihm konkret Schmiergeldzahlungen von umgerechnet 300.000 DM vorgeworfen werden. In der italienischen Gesellschaft setzte damit eine weitere Polarisierung ein. Am 12. November demonstrierten 1,5 Millionen Menschen gegen die Regierung Berlusconis. Alle möglichen Kräfte versuchen, aus dieser Krise Kapital zu schlagen. Nicht zu Unrecht, wie die Kommunalwahlen im November und Anfang Dezember gezeigt haben: Denn nicht mehr das Forza-Italia-Bündnis ging als die stärkste Kraft hervor, sondern die ehemaligen Christdemokraten ***(DC)***, heute "Volkspartei" ***PPI***, zusammen mit der ehemaligen Kommunistischen Partei ***PCI***, die sich heute "Linksdemokraten" ***PDS*** nennt. In Brescia gewann gewann der frühere DC-Sekretär **Mino Martinazzoli** mit 56 Prozent, unterstützt von PPI und PDS, gegen den gegenwärtigen Arbeitsminister **Vito Gnutti** von der Lega Nord. Auch in Pisa, Sondrio, Massa und Brindisi gewannen die Kandidaten von PDS und PPI. *"Forza Italia ist am Boden und die Mitte-Links-Koalitionen siegen überall. Von diesen Daten muß man ausgehen, wenn man an künftige Regierungen denken will"*, so der PDS-Sekretär **Massimo D'Alema**. PPI-Sekretär **Rocco Buttiglione** erklärte am Wahlabend kategorisch: *"Diese Regierungsallianz gibt es nicht mehr!"*. Doch gibt es innerhalb der Koalition auch noch die Nationale Allianz und deren Chef Gianfranco Fini. Und diese Partei, die noch vor kurzem ***MSI*** hieß und die Nachfolge von **Benito Mussolinis** faschistischer Partei darstellt, läßt die "Forza" nicht im Stich - allerdings nicht aus Gründen der Treue. Denn vom langsamen Untergang Berlusconis und seinem Wahlbündnis profitieren vor allem die Faschisten. Sie stellen sich als Retter der Koalition dar, aber der Preis wird eine vermehrte Machtbeteiligung sein. Und da darf man sich nichts vormachen: Anders als die Forza Italia, die vor allem ein Haufen von Amateurpolitikern und Möchtegern-Aufsteigern ist, blicken die Faschisten auf eine jahrzehntelange politische Erfahrung zurück, sie verfügen über Kader und regionale Strukturen, von denen Berlusconi nur träumen kann. Ein Sturz der jetzigen Koalition wäre für die AN ein großes Risiko, doch solange lediglich die Person Berlusconis geschwächt wird, können die Faschisten nur an Terrain gewinnen. So halten sie vornherum weiterhin zur Koalition, aber fordern auch ihren Preis - mehr Mitentscheidungsrechte, mehr Macht. Und langfristig schielt Fini offensichtlich auch auf die Übernahme der "Forza" in die Struktur der Alleanza Nazionale: "Alleanza Italia" könnte die neue Rechtspartei Italiens dann heißen, und dann natürlich unter der Führung der offen auftretenden Faschisten.

SCHWEIZ

Schweizer Gesetze gegen Fremde

(BeZe, jW, taz 2./3./5./6.12.94)

Die europaweit ausländerfeindlichste Regelung wurde am 4. Dezember 94 mit über 70 Prozent von den Schweizer BürgerInnen angenommen. Sie votierten für ein Gesetz, welches es erlaubt, Flüchtlinge und andere AusländerInnen ohne Aufenthaltsberechtigung künftig ohne rechtskräftigen Grund bis zu einem Jahr in Haft zu halten. Auch Kinder ab 15 Jahren werden wie Erwachsene behandelt. Die Fremdenpolizei kann zukünftig eine sogenannte "Vorbereitungshaft" bis zu drei Monaten verfügen, wenn sie die Identität einer Ausländerin oder eines Ausländers nicht feststellen kann. In bestimmten Fällen kann diese Haft auch um drei oder sogar um neun Monate verlängert werden. Zudem erleichtert das Gesetz die Durchsuchung von Privatwohnungen oder Kirchen in denen versteckte Flüchtlinge vermutet weren. Vor allem Linke und Kirchen machten gegen diese rassistischen Gesetzesänderungen mobil, sie sammelten über 50.000 Unterschriften und unterwarfen das Gesetz somit einer Volksabstimmung. Dieses neue Gesetz kommt den Rassisten in der Schweiz entgegen und leistet dem Rassismus weiteren Vorschub. Als Reaktion auf das Gesetz kam es in der Nacht zum 5. Dezember in Luzern zu Ausschreitungen von GegnerInnen der neuen Zwangsmaßnahmen. Demonstranten warfen Schaufensterscheiben ein und griffen Polizisten mit Steinen und Feuerwerkskörpern an. Die Polizei setzte Tränengas ein und nahm 14 Leute fest.

DÄNEMARK

Thies Christophersen

(Eig. Bericht, BeZe, JW 13.12.94)

Entgegen seiner eigenen Beteuerungen, wieder nach Deutschland zurückkehren zu wollen, ist der Altnazi und KZ-Sonderführer von Auschwitz **Thies Christophersen** zwar aus seinem Haus im grenznahen Kollund verschwunden, allerdings nicht nach Deutschland. Zur Zeit wohnt er in einer kleinen Feriensiedlung bei Gudbjerg auf Fünen, Klovertoft 37, Bosove. Das Ferienhaus gehört **Ulla Petersen**. Ehemann **Ole Petersen**, Ryttergardsvej 5 in Gudbjerg, ist Mitglied im ***Kameradenwerk Korps Steiner***. Den ***Nordwindverlag*** von Christophersen hat unterdessen **Karin Petrovice**, Totten 102 in Padborg übernommen. Petrovice hat sich im September '94 aus Flensburg abgemeldet. **Adolf Tychsen** aus Skodsbol bei Son-

derborg (Skodsbolvej 106) transportiert und lagert unterdessen Christophersens Eigentum. Ein dänischer Journalist von der Zeitung BT will zwei Tage vor Weihnachten **Torsten Kubiak** aus dem Sauerland im Haus von Christophersen in Kollund gesehen haben. Christophersen floh 1986 aus Deutschland nach Dänemark, weil er in der BRD einen Haftbefehl wegen seiner Publikation "Die Auschwitzlüge" bekam. In Dänemark ist Nazipropaganda bisher nicht verboten. Von Kollund aus organisierte er seitdem den Vertrieb von faschistischer Propaganda, unter anderem in der Zeitung ***Die Bauernschaft***, die weniger Tips zum Kartoffelanbau, als Verharmlosung des Holocausts und ähnliche Themen behandelte.

Währenddessen haben antifaschistische BürgerInnen aus Kollund ihre Zusammenarbeit mit den Grenzschutzbehörden begonnen. Nazi-Pkw, die von Christophersens Haus in Richtung deutscher Grenze abfuhren, wurden registriert und an den BGS weitergeleitet.

BOSNIEN

Nazi-Söldner

(JW 10.12.94)

"Kameradenmorde in Söldnerkreisen" nennt die Staatsanwaltschaft am Landgericht Memmingen und die Bayerische Grenzpolizei die Vorfälle in ihren Presseerklärungen. Zwei Deutsche und zwei Österreicher, so gaben die Ermittler in München bekannt, sollen im Krieg in Bosnien als Söldner engagiert gewesen sein und dort drei andere deutsche Söldner regelrecht hingerichtet oder aus Habgier erschlagen haben. Über die beiden Österreicher existieren Verbindungen zu organisierten Neonazis. Die Geschichte wurde publik, als als sich der mutmaßliche Haupttäter **Falk Simang** aus Dresden mit seinen Taten im Fernsehen brüstete. Im September 1993 erklärte der 30jährige in der Sat.1-Show "Einspruch", er habe *"mit Sicherheit einen Menschen in Bosnien-Herzegowina getötet"*. Die Staatsanwaltschaft begann zu ermitteln und erfuhr im Mai '94: Simang soll vor eineinhalb Jahren im Raum Mostar einen deutschen Kameraden ermordet haben, der zu seiner "strafenden Einheit" gehörte. Staatsanwalt Stoeckle zufolge handelt es sich dabei um eine paramilitärische Truppe im Kampfeinsatz für die bosnischen Kroaten. Ihr gehörten rund 80 Mitglieder an, darunter neben Deutschen und Österreichern vor allem Franzosen und Kanadier. Einige Söldner seien Fremdenlegionäre gewesen oder Mitglieder der NVA, andere hätten Kontakte zur Neonazis-Szene - so auch der 23jährige Polizeischüler **Stefan Trupp** aus Kärnten und der 33jährige **Wolfgang Niederreiter** aus dem Salzburger Land. Letzterer soll ein Mitläufer des verurteilten führenden ***VAPO***-Mitglieds **Günther Reinthaler** sein und derzeit auf ein Prozeß wegen NS-Wiederbetätigung warten. Nach seiner Festnahme im Juni '94 hat Falk Simang der Polizei zwei Morde gestanden, inzwischen aber widerrufen: Im August 1993 habe er zusammen mit drei anderen beschlossen, ein neues Truppenmitglied wegen "Kameradendiebstahls" hinzurichten. Zusammen mit Stefan Trupp habe er den 31jährigen **Constantin Bieskes** in einen Hinterhalt gelockt und erschossen. Und schon im Juni habe er mit **Ralf-Rüdiger Mrachacz** einen jungen Deutschen ermordet, der 1.400 Dollar bei sich gehabt haben soll, was Simang aber abstreitet. Nach einer Zeugenaussage soll der Dresdner schließlich Ende August '93 einen dritten Mord begangen und anschließend den Schmuck seines Opfers getragen haben. Bis auf Mrachacz, der noch in Bosnien verhört wird, sitzen die Ex-Söldner nun alle in Untersuchungshaft.

Index dieser Ausgabe - #2

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte

Antirassistische & antifaschistische Info-Telefone

Aachen	0241 / 38 468
Berlin	030 / 785 72 81
	030 / 442 61 74
Bielefeld	0521 / 64 094
Bonn	0228 / 690 509
	0228 / 636 151
Braunschweig	0531 / 341 134
Bremen	0421 / 706 444
Darmstadt	06151 / 20 408
Delmenhorst	04221 / 17 815
Dortmund	0231 / 416 665
Düsseldorf	0211 / 992 00 00
Erlangen	09131 / 202 268
Essen	0201 / 232 060
Frankfurt/M.	069 / 703 337
Gießen	0641 / 791 464
Göttingen	0551 / 394 567
Hamburg	040 / 431 587
Heidelberg	06221 / 29 082
Kassel	0561 / 17 919
Köln	0221 / 881 022
Lüneburg	04131 / 405 410
Mannheim	0621 / 156 41 41
München	089 / 543 96 12
Münster	0251 / 60 256
Nürnberg	0911 / 262 088
Passau	0851 / 36 106